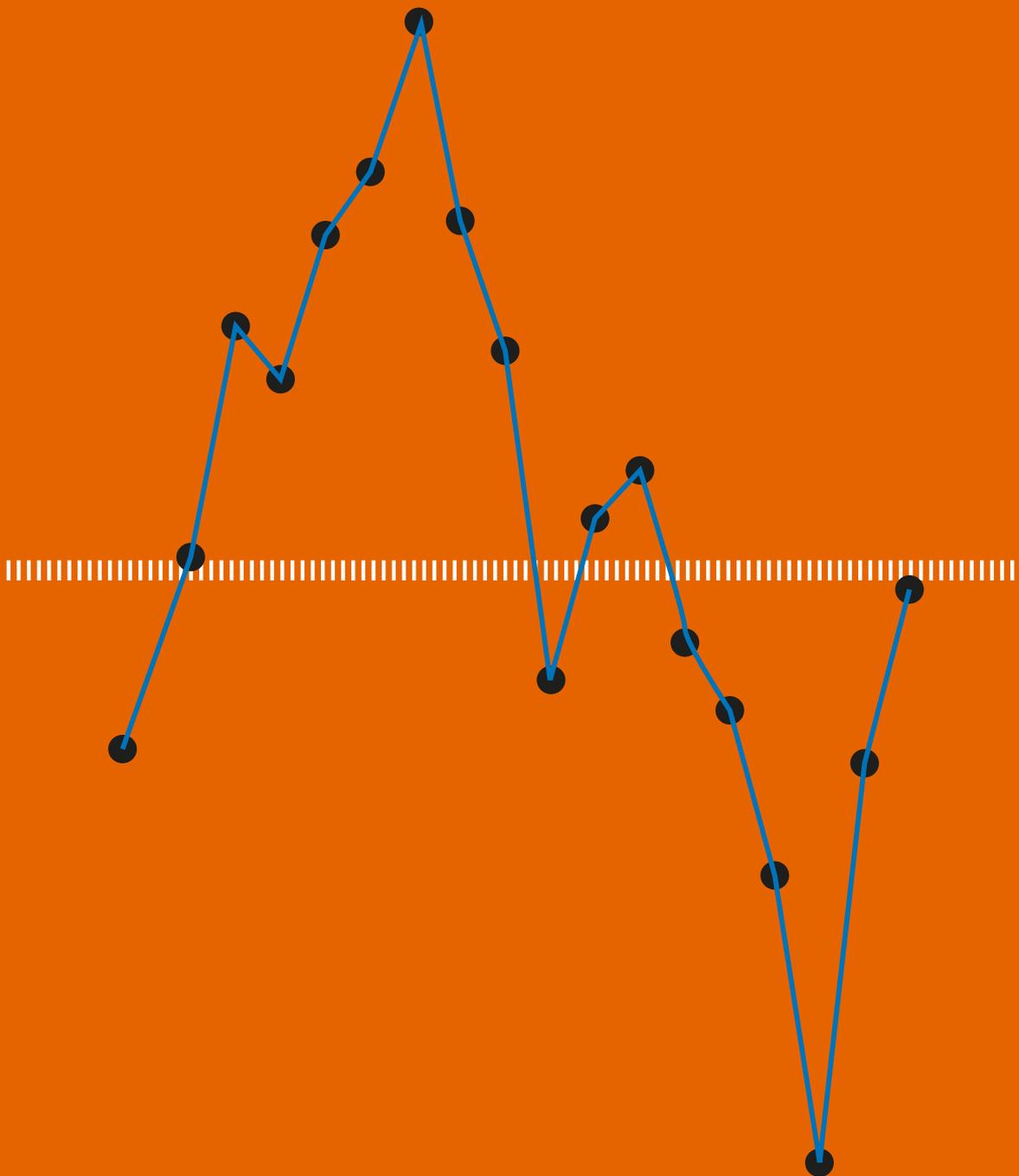


# *Ansätze zur Finanzmarktregulierung in Europa*

MODUL





## Ansätze zur Finanzmarktregulierung in Europa

*Was wurde aus der Krise gelernt, welche Konflikte gibt es um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, was hat die EZB mit den Staatsschulden zu tun? Geht es um die demokratische Wiedereinhegung der Märkte oder um die Stabilisierung des Finanzkapitalismus?*

### Inhalt

#### Einführung

##### III.1 **Arbeitsblatt: Einstieg ins Thema Finanzmärkte**

- M1: Graffito »Casino Royale« an der EZB-Baustelle
- M2: Pressemitteilung (Blockupy-Bündnis)

##### III.2 **Aktivität: Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel**

- M1: Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2014

##### III.3 **Infoblatt: Wertpapierhandel / Finanzmärkte**

##### III.4 **Arbeitsblatt: Streit um die Finanztransaktionssteuer**

- Methode: Konfliktanalyse
- M1: Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen (*Der Tagesspiegel*)
- Methode: Expertenanhörung
- M2: Richtlinienvorschlag zur Finanzmarktregulierung (*Europäische Kommission*)
- M3: Finanztransaktionssteuer muss kommen (*Arbeiterwohlfahrt*)
- M4: Nachteile und Risiken überwiegen bei weitem (*Deutsche Kreditwirtschaft*)
- M5: Endlich – Die Finanztransaktionssteuer kommt! (*Oxfam*)

##### III.5 **Infoblatt: Was ist die Finanztransaktionssteuer?**

##### III.6 **Arbeitsblatt: Politisches Engagement zwischen Mobilisierung, Instrumentalisierung und Misserfolg**

- Methode: Argumentationskarte
- M1: Stellungnahme (*Bündnis »Steuer gegen Armut«*)
- M2: Pressemitteilung (*Attac*)
- M3: Checkliste Aktionsplanung

##### III.7 **Aktivität: Die EZB und ich – Einführung in die Geldpolitik**

- M1: Info – Die EZB und die anderen Wirtschaftsakteure
- M2: Schaubild – Das Zusammenspiel Wirtschaftsakteure

##### III.8 **Arbeitsblatt: EZB und Staatsfinanzierung**

- Methode: Fish-Bowl-Debatte
- M1: Streitgespräch zwischen EZB-Vertreter und Kapitalismuskritikern (*Süddeutsche Zeitung*)
- M2: Aufruf von 136 Ökonomen: Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten (*FAZ*)
- M3: Direktfinanzierung der Staaten durch die EZB (*Attac*)
- M4: Zentralbanken und Kapitalismus (*Rosa-Luxemburg-Stiftung*)

##### III.9 **Infoblatt: Die Europäische Zentralbank und die Staatsanleihen in der Eurokrise**

### Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

### Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte
- **ARBEITSVORSCHLÄGE** **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien
-  **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien
-  **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes
-  **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema
-  **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

## Einführung

---

Es ist weitgehend unstrittig, dass eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der globalen Krise im Jahr 2007 in den deregulierten Finanzmärkten lag. Allerdings können diese Finanzmärkte nur im Rahmen des gesamten Wirtschaftssystems angemessen verstanden werden. So war ihre schrittweise Deregulierung selbst ein Versuch, neue Investitionsmöglichkeiten für anlagesuchendes Kapital aus dem Produktionssektor zu schaffen. Und umgekehrt führte die Finanzkrise schnell zu einer globalen Rezession, in der viele Menschen ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen verloren. Simple Gegenüberstellungen von »der Finanzsphäre« und »der Realwirtschaft« sind also nicht sinnvoll.

Die verschiedenen Wirtschaftssektoren haben ihre spezifischen Funktionsweisen, Problemlagen sowie Wechselwirkungen mit anderen Sektoren wie beispielsweise dem sozialen oder gesundheitlichen Bereich, und bringen entsprechende politische Konflikte hervor. So musste etwa der enorme Anstieg des globalen Finanzvermögens (welches mittlerweile dreimal so groß ist wie das entsprechende Sozialprodukt) seit Anfang der 1980er Jahre früher oder später zu einer Krise führen. Abgesehen von einer kurzfristigen Entwertung von Teilen des Finanzvermögens hat sich an dieser Tendenz übrigens nichts geändert, so dass die aktuelle Situation nach wie vor krisenanfällig ist. Insofern war und ist die Debatte um die Re-Regulierung der Finanzmärkte, die im Zuge der Krise eine breite Öffentlichkeit erreichte, weiterhin auf der Tagesordnung.

Welche Konsequenzen wurden in Europa aus der globalen (Finanz-)Krise gezogen? Um welche ökonomischen Prozesse geht es dabei, welche sozialen Folgen haben sie, welche politischen Entscheidungen wurden gefällt? Welche kritischen Impulse kamen aus der Zivilgesellschaft, welche Vorschläge wurden ignoriert, welche aufgegriffen

und wie wurden sie umgesetzt. Oder kurz gesagt: Was bewirkt Protest? Stellen die Re-Regulierungen eine demokratische Einhegung der Märkte dar oder doch eher eine marktkonforme Anpassung der Demokratie an den heutigen Finanzkapitalismus. Und inwiefern sind globale Finanzmärkte überhaupt demokratisch regulierbar? Diesen Fragen wird im Folgenden anhand exemplarischer Fälle nachgegangen, nämlich der Finanztransaktionssteuer (FTS) und der Debatte um die Europäische Zentralbank (EZB).

Die FTS, die Gründungsforderung von Attac, steht für einen kritischen Impuls aus der Zivilgesellschaft, der von der Politik aufgegriffen wurde. Zugleich wird hier deutlich, wie ambivalent der Implementierungsprozess ist. Die FTS gehörte zu den Vorschlägen, die direkt nach Ausbruch der Krise auf dem Tisch lagen, sie ist jedoch noch immer nicht umgesetzt. Da ihre Einführung europaweit gescheitert ist, soll sie nun von elf EU-Staaten eingeführt werden. Es ist jedoch nicht absehbar, ob sie die ursprünglich intendierte Wirkung haben wird oder dank des Lobbyings der Finanzkonzerne lediglich zu einem unwirksamen Instrument verkümmert.

Mit der Eurokrise rückte auch die EZB zunehmend in den Fokus der Diskussion. Insbesondere ihre faktische Machtausdehnung im Zuge der Krise und ihre zunehmend expansive Geldpolitik wurden öffentlich breit diskutiert. Insgesamt wenig beachtet wurden allerdings die folgenden Fragen: Warum darf die EZB keine direkten Kredite an Staaten vergeben? Warum sollen private Banken von der Differenz zwischen niedrigen Leitzinsen und hohen Zinsen für Staatsanleihen profitieren? Warum soll die Refinanzierung der Staaten unter der Kontrolle von Märkten bleiben, deren Herdenverhalten die Krise der Eurozone massiv getrieben hat? ■

## Zu den Elementen des Moduls

- [Arbeitsblatt III.1](#) bietet verschiedene Zugänge in die Thematik, die dazu anregen, eigene Fragen zu entwickeln und weitere Informationen einzuholen. Eine erste Annäherung an die Finanzmärkte ermöglicht die Interpretation eines Fotos von einem Graffiti am Bauzaun der EZB. Die zentralen Konflikte der Krisenpolitik aus der Sicht des kapitalismuskritischen Blockupy-Bündnisses können durch die Auseinandersetzung mit einem Transparent und einer *Pressemitteilung (M1)* erarbeitet werden.
- [Aktivität III.2](#) eignet sich zur Einführung in den Kern der Finanzmärkte, nämlich den Wertpapierhandel. Mit dem [Bewegungsspiel Bulle und Bär](#) können das Auf und Ab der Kurse sowie das Herdenverhalten der Händler\_innen simuliert und abschließend mit Hilfe des folgenden [Infoblattes](#) und einer *Dax-Kurve (M1)* auf den Aktienhandel übertragen werden.
- [Infoblatt III.3](#) führt am Beispiel des Aktienhandels an der Deutschen Börse in das Thema Wertpapierhandel beziehungsweise Finanzmärkte ein. Die behandelten Fragen lauten: Was zeigt die DAX-Kurve an, wieso steigen und fallen die Preise, wie verhalten sich die Händler\_innen an der Börse, wie kommt es zu »Blasen« und »Crashes« und was geht's mich an?
- [Arbeitsblatt III.4](#) thematisiert den anhaltenden Streit um die Finanztransaktionssteuer. Es beinhaltet einen *Zeitungsartikel aus dem Tagesspiegel (M1)* zum Lobbying der Banken gegen die Finanztransaktionssteuer, der als Ausgangspunkt für eine [Konfliktanalyse](#) dient.
- Eine knappe Erläuterung bietet hier das [Infoblatt III.5: Was ist die Finanztransaktionssteuer \(FTS\)?](#) Weitere Materialien von der *Europäischen Kommission (M2)*, der *Deutschen Kreditwirtschaft (M3)*, der *Arbeiterwohlfahrt (M4)* und von *Oxfam (M5)* können für die Vorbereitung einer [Expertenanhörung](#) genutzt werden.
- Zur Thematisierung des Krisenpotenzials der Finanzmärkte und entsprechenden Regulierungsvorschlägen kann an dieser Stelle auch das [Arbeitsblatt I.7](#) aus Modul I herangezogen werden.
- [Arbeitsblatt III.6](#) beschäftigt sich auf der Basis einer *Stellungnahme der Kampagne »Steuer gegen Armut« (M1)* und einer *Pressemitteilung von Attac (M2)* mit Protesten für eine Finanztransaktionssteuer sowie mit den realen Einflussmöglichkeiten von NGOs oder Verbänden auf diese politische Entscheidung. Mithilfe einer *Checkliste* für die Planung politischer Aktionen (*M3*) und eines Online-Leitfadens zur politischen Kampagnenarbeit können die Lernenden Ideen für eine eigene Kampagne entwickeln. Dabei erfahren sie Möglichkeiten, Probleme und Grenzen der Planung politischer Beteiligung.
- [Aktivität III.7](#) bietet unter dem Motto [Die EZB und ich](#) einen spielerischen Einstieg in das Themenfeld Geld, Banken, Zentralbanken und Geldpolitik. Denn um die Rolle der EZB in der Krisenpolitik bewerten zu können, muss zunächst verstanden werden, was eine Zentralbank tut. Die Teilnehmenden übernehmen verschiedene Rollen wie Bürger\_innen, Banken, Unternehmen oder die Zentralbank und wickeln zeitgleich verschiedene alltägliche Zahlungsvorgänge ab. Ziel ist es dabei zunächst nur, die Rolle der verschiedenen Akteure und insbesondere der Zentralbank im Wirtschaftsprozess zu verstehen. Zugleich wird die Frage aufgeworfen, warum die Zentralbank keine direkten Kredite an Staaten vergibt.
- [Arbeitsblatt III.8](#) thematisiert die Rolle der EZB in der Krise und vertieft die Frage der direkten Staatsfinanzierung. Hier ist der Ausgangspunkt ein *Streitgespräch (M1)* zwischen einem EZB-Vertreter und zwei Kapitalismuskritikern. Darin werden verschiedene Positionen (Marktwirtschaft, wirtschaftspolitische Alternativen und Kapitalismuskritik) deutlich, die in einer [Fish-Bowl-Debatte](#) aufgegriffen werden. Als weitere Materialien dienen dabei ein *Aufruf von Ökonomen aus der FAZ (M2)*, ein *Positionspapier der Attac AG-Finanzmärkte und Steuern (M3)* sowie eine Publikation der *Rosa-Luxemburg-Stiftung (M4)*.
- Die Hintergründe der Diskussion können dem [Infoblatt III.9: Die EZB und die Staatsanleihen in der Eurokrise](#) entnommen werden. An dieser Stelle wird auch die Frage nach der Rolle der EZB im Rahmen der Troika angesprochen, der in Modul V mit den [Arbeitsblatt V.7 »Wer hat die Troika gewählt?«](#) weiter nachgegangen werden kann.

## Einstieg ins Thema Finanzmärkte

### M1 CASINO ROYAL€? Graffito am Bauzaun der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB)



Foto:  
J. Kuberek

#### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Beschreiben und analysieren Sie das Foto (M1). Welches gesellschaftliche Problem wird durch das Graffito am Bauzaun der EZB-Zentrale dargestellt?
2. Überlegen Sie, was Sie bereits über dieses Problem wissen und inwiefern Sie davon betroffen sind.
3. Welche aktuellen Konflikte verweisen auf das Problem? Entwickeln Sie eigene Fragestellungen zu einem ausgewählten Konflikt.



Foto:  
Attac

**M2 3000 bringen EZB ihren Müll zurück / EZB mit Farbe markiert / Ziviler Ungehorsam gegen EZB-Feier am 18. März**

1 An die 3000 Menschen haben am heutigen  
 . Samstag im Rahmen des Blockupy-Festivals in  
 . Frankfurt am Main gegen die europaweiten Verar-  
 . mungsprogramme und die autoritäre Krisenpoli-  
 . tik der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-  
 . Kommission und Internationalem Währungsfonds  
 . demonstriert. Unter dem Motto »Umzug zur  
 . neuen EZB – wir packen mit an!« zogen sie vom  
 . Paulsplatz in der Innenstadt zum neuen Gebäude  
 10 der EZB im Frankfurter Ostend. Viele Demons-  
 . trierende – darunter zahlreiche aus anderen euro-  
 . päischen Ländern – trugen beschriftete Umzugs-  
 . kartons mit sich, um der EZB symbolisch all das  
 . zurückbringen, was ihrer Ansicht nach auf den  
 15 Müllhaufen der Geschichte gehört: Verelendung,  
 . die Privatisierung öffentlicher Finanzen und Gü-  
 . ter, die Zerstörung der Gesundheitssysteme, eine  
 . rassistische und sexistische Spaltung der Gesell-  
 . schaft sowie Kriege zur Ressourcensicherung.  
 20 Bei der EZB im Ostend angekommen, über-  
 . wanden hunderte Aktive die Absperrung um das  
 . Gebäude und luden ihre Umzugskartons mit dem  
 . Politik-Müll direkt vorm Eingang der Zentral-  
 . bank ab. Aktive markierten die EZB zudem mit

25 den Blockupy-Farben Rot, Grün und Blau als  
 . Krisenakteur.  
 . »Mit unserer Aktion haben wir deutlich ge-  
 . macht: Wir werden uns nicht gewöhnen. Denn  
 . weiterhin gilt: Die Kürzungspolitik tötet. Die  
 . Herrschenden verschärfen ihre – jetzt softer ver-  
 30 packten – Strukturprogramme. Sie wollen die  
 . Troika-Politik schleichend zum Normalbetrieb  
 . machen: Minijobs und Hartz IV, autoritäre Po-  
 . litik und Sozialabbau, rassistische Abschiebung  
 35 und Privatisierung öffentlicher Güter. Die Krise  
 . soll zur Lebensform werden«, sagte Blockupy-  
 . Sprecher Sebastian Drewlo. »Dem setzen wir un-  
 . seren Widerstand entgegen und streiten weiter für  
 . unsere Alternativen: Demokratie von unten und  
 40 grenzüberschreitende Solidarität mit den Opfern  
 . der Krisenpolitik.«  
 . [...] Wie am gestrigen Freitag bekannt wurde,  
 . plant die EZB ihre offizielle Eröffnung nun für  
 . den 18. März. Blockupy kündigte an, die Feier  
 45 mit massenhaften Aktionen Zivilen Ungehorsams  
 . zu behindern. ■ Quelle: Pressemitteilung des Blockupy-Bündnisses  
 vom 22.11.2014

**ARBEITSVORSCHLÄGE**

1. Analysieren Sie das Blockupy-Transparent und die Pressemitteilung (M2). Wer ist Blockupy (»wir«)? Wer sind die anderen (»sie«)? Worin besteht das politische Problem für die Protestbewegung? Welche Ziele verfolgt sie?
2. Untersuchen Sie die Aktionen und konkretisieren Sie die Zielsetzungen von Blockupy unter

- Berücksichtigung der Internetseite [www.blockupy.org](http://www.blockupy.org). Informieren Sie sich über weitere aktuelle Protestaktionen von z.B. Attac oder Campact.
3. Nehmen Sie begründet Stellung zu den verschiedenen Aktionen. Benennen Sie auftretende Fragen und planen Sie auf deren Basis gemeinsam eine Konfliktanalyse (siehe Arbeitsblatt III.4) oder eine Problemstudie.

## Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel

### Kurzbeschreibung:

Bulle und Bär ist ein kurzes Bewegungsspiel, das einen spielerischen Einstieg in das Thema Börse beziehungsweise Finanzmärkte ermöglicht. Es simuliert die Konkurrenz, die Reaktion auf Informationen, die Geschwindigkeit, das Herdenverhalten und den Auf- und Abstieg der Kurse sowie die positiven und negativen Emotionen, die damit verbunden sind. In einem anschließenden Gespräch wird das Erlebte auf die Börse beziehungsweise den Finanzmarkthandel übertragen.

### Zeit:

15 bis 30 Minuten

### Gruppengröße:

10 bis 50 Personen

### Material:

Kreide, Trillerpfeife, Spielgeld, Bild von der Kursentwicklung des DAX

### Ablauf:

Zunächst wird mit drei Kreidestrichen ein Spielfeld von mindestens 20 Metern abgegrenzt, das in der Mitte geteilt ist.

Alle Teilnehmer\_innen stellen sich in einer Reihe an der Mittellinie mit Blick auf eine Seite der Spielfeldgrenze auf. Sie bekommen zwei oder drei Scheine Spielgeld ausgehändigt. Dann werden die folgenden Regeln erläutert:

Wenn das Spiel mit einem Pfiff beginnt, bewegen sich die Spieler\_innen möglichst schnell in Richtung der Spielfeldgrenze. Jeder weitere Pfiff bedeutet einen Richtungswechsel; jetzt ist es das Ziel, möglichst schnell zur anderen Seite zu kommen. Ziel der Spieler\_innen ist es, jeweils möglichst weit vorne zu sein. Nach einigen Pfiffen ruft die Spielleitung »Stopp«. In diesem Moment müssen alle stehen bleiben, und die letzten Spieler\_innen (ungefähr 1/3 der Gruppe) müssen den ersten Spieler\_innen einen Geldschein abgeben. So werden mindestens vier Runden gespielt. Wer sein Geld komplett verspielt hat, scheidet aus.

Sobald alle die Regeln verstanden haben, startet das Spiel mit dem ersten Pfiff. Wenn Spieler\_innen bei Stopp-Ruf schummeln (weiterlaufen), greift die Spielleitung als »Börsenaufsicht« ein und korrigiert oder »kassiert Strafgelder«. Außerdem organisiert sie die Verteilung der Gewinne oder

ABB. 1 Spielfeld

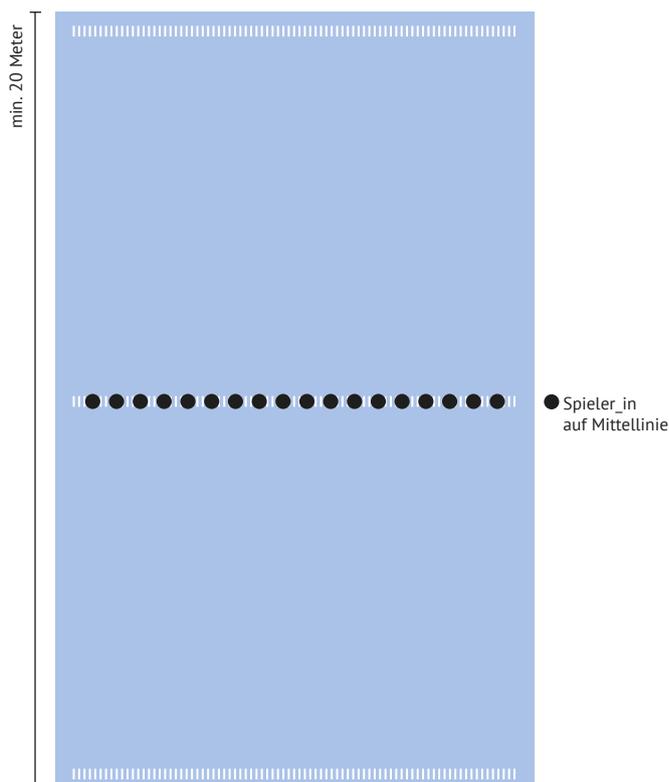
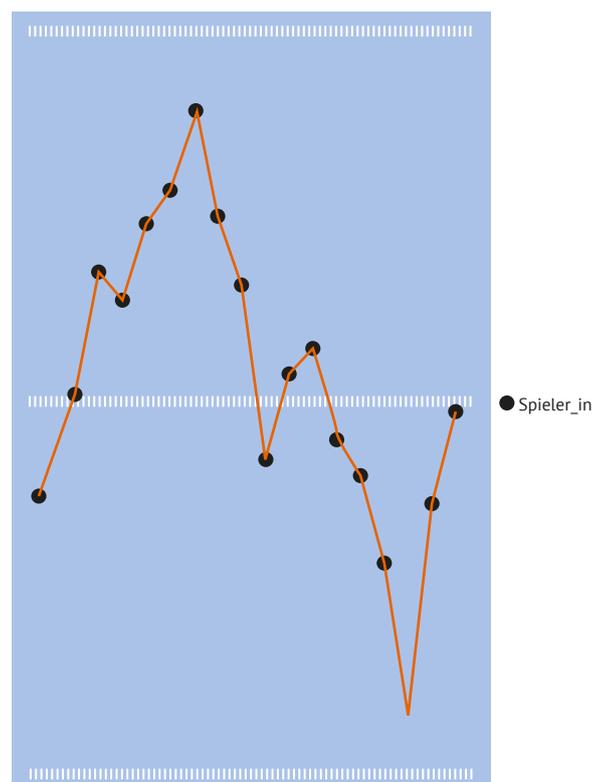


ABB. 2 Steigende und fallende Kurse



Verluste und kann dies kommentieren: »Ja, so geht das, an der Börse kann man Geld verlieren, aber auch Geld gewinnen«.

Nach der letzten Runde wird erläutert, dass das Spiel außer Gewinnen und Verlieren noch mehr mit der Börse gemein hat. Dazu wird das Bild von der Dax-Kurve gezeigt, welche ebenfalls immer wieder hoch und runter geht. Eine solche Kurve wird auf dem Spielfeld – analog zu den Bewegungen während des Spiels – eingezeichnet und leitet über zum Gespräch.

### Auswertung/Transfer:

Zunächst werden die Teilnehmer\_innen zu ihrem Erleben befragt:

- Wie war das Spiel für Sie, hat es Spaß gemacht?
- Was für ein Gefühl hatten Sie dabei, war es aufregend?
- Wie haben Sie sich verhalten, wollten Sie immer vorne sein oder eher sehen, dass Sie nicht ganz zurückfallen?
- Haben Sie geschaut, was die anderen machen?

Anschließend werden die Informationen aus dem »Infoblatt Wertpapierhandel« referiert und dabei die folgenden Analogien zum Spiel erläutert:

- **ZU PUNKT 1)** Ausgangspunkt ist die eingezeichnete Kurve auf dem Spielfeld beziehungsweise die Dax-Kurve, bei der es auch ständig auf und ab geht.
- **ZU PUNKT 2)** Die Pfiffe im Spiel entsprechen den Informationen, auf welche die Händler\_innen reagieren.
- **ZU PUNKT 3)** So wie es verschiedene Strategien im Spiel gab (immer vorne, eher in der Mitte usw.), so haben auch die Händler\_innen verschiedene Strategien.
- **ZU PUNKT 3) UND 4)** Ähnlich wie die Spieler\_innen sich an den anderen orientiert haben, orientieren sich auch die Händler\_innen nicht nur an Informationen, sondern an dem Verhalten der anderen Händler\_innen, das sie erwarten (Herdentrieb). ■

### M1 Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2014



Quelle: www.boerse.de

## Wertpapierhandel/Finanzmärkte

### INFO

**Was zeigt die DAX-Kurve an?** Die DAX-Kurve zeigt an, wie sich die Preise von Aktien entwickeln. Aktien sind Anteile an Firmen. Wer eine Aktie von Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Wenn der Konzern Gewinn macht, wird ein Teil davon an die Aktionäre ausbezahlt (»eine Dividende wird ausgeschüttet«). Aktien werden an der Börse gehandelt, also verkauft und gekauft. Sie haben einen Preis, der sich ständig ändert. Die DAX-Kurve zeigt, wie sich die Aktienpreise von 30 großen deutschen Konzernen entwickeln. Wenn die Aktien teuer werden, steigt die Kurve, wenn sie billiger werden, fällt sie.

**Wieso steigen und fallen die Preise?** Wenn Aktienhändler\_innen viele Aktien von einem Unternehmen kaufen wollen, dann werden sie teurer, wenn die Händler\_innen viele verkaufen wollen, werden sie billiger. Ob eine Aktie eher gekauft oder verkauft wird, hängt von Informationen ab. Das können Vorhersagen und Vermutungen von Wirtschaftsexpert\_innen sein, Entscheidungen, die ein Unternehmen trifft, oder politische Entscheidungen. Die Nachricht »Facebook ist das größte soziale Netzwerk weltweit« wird den Preis der Facebook-Aktie wohl steigen lassen. Bei der Meldung »Strengeres Datenschutzgesetz beschlossen« wird er wahrscheinlich fallen. Ähnlich ist das mit Nachrichten wie »VW eröffnet neue Fabrik in Billiglohnland« oder »Gewerkschaft erkämpft deutliche Lohnerhöhungen in der Autoindustrie«.

**Wie verhalten sich die Händler\_innen an der Börse?** Manche Händler\_innen (die »Bullen«) versuchen vor allem bei steigenden Preisen Gewinn zu machen, nach dem Motto: »Ich kaufe heute und verkaufe morgen mit Gewinn weiter«. Andere (die »Bären«) versuchen, bei fallenden Preisen Gewinn zu machen. Das funktioniert nach dem Motto: »Ich mache heute einen festen Preis für morgen aus und kann dann noch mit Gewinn weiterverkaufen, obwohl die Preise fallen«. Natürlich kann das auch immer schief gehen, wenn die Preise fallen statt zu steigen, oder wenn sie noch stärker fallen als erwartet. Die einen gewinnen Geld, die anderen verlieren es. Wichtig ist also zu ahnen, wie sich der Preis entwickeln wird. Deshalb reagieren die Aktienhändler\_innen nicht nur auf Nachrichten. Sie schauen vor allem, was die anderen Händler\_innen machen. Das wird auch Herdentrieb genannt.

**Wie kommt es zu »Blasen« und »Crashes«?** Der Herdentrieb führt manchmal zu großen Problemen, nämlich zu den sogenannten »Blasen«. Das bedeutet, dass die Preise stark steigen und alle weiter kaufen, was dazu führt, dass die Aktie durch die steigenden Preise noch wertvoller wird. Dadurch sind die Aktienpreise irgendwann so hoch, dass sie nichts mehr mit den Unternehmen und ihrer Produktion zu tun haben. Früher oder später wird dies deutlich, die »Blase platzt«, und der Trend geht in die andere Richtung. Dann fallen die Preise, alle verkaufen schnell, um nicht zu viel zu verlieren, und dadurch fallen die Preise noch weiter. Passiert das nicht nur mit einer Aktie sondern mit vielen gleichzeitig, wird das »Börsencrash« genannt. Dabei fallen die Preise so stark, dass Aktienbesitzer\_innen viel Geld verlieren. Manchmal wird der Trend noch dadurch verstärkt, dass ein großer Teil des Handels heute automatisch von Computerprogrammen abgewickelt wird (»Hochfrequenzhandel«).

**Was geht's mich an?** In Deutschland besitzt nicht einmal jede zehnte Person Aktien. Trotzdem kann der Börsenhandel Auswirkungen auf uns alle haben. Viele Leute sind über Sparverträge und Lebensversicherungen indirekt mit dem Aktienmarkt verbunden. Denn Banken und Versicherungen kaufen vom gesparten Geld Aktien und verdienen so die Sparzinsen. Wenn Firmen versuchen, ihren Gewinn und den Wert ihrer Aktie zu steigern, heißt das oft, dass Leute mehr arbeiten müssen oder entlassen werden. Außerdem folgt auf einen Börsencrash oft eine allgemeine Wirtschaftskrise, in der Firmen Pleite gehen und Leute entlassen werden. Und an Börsen wird nicht nur mit Aktien gehandelt, sondern auch mit Rohstoffen (wie Öl oder Weizen), mit Währungen (wie Dollar oder Euro), mit Staatsanleihen (also Schuldscheinen von Staaten) und komplizierten Finanzpapieren (Derivaten). Das beeinflusst, wie teuer Dinge sind, die wir zum Leben brauchen oder wie viel Geld der Staat zur Schuldentilgung und für anderes verwenden kann.

## Streit um die Finanztransaktionssteuer

### KONFLIKTANALYSE

Die Konfliktanalyse (nach Hermann Giesecke) ist grundsätzlich als Makromethode zu verstehen, die der Aufschlüsselung und Strukturierung eines Konflikts dient und durch verschiedene Methoden (z. B. Pro-Contra-Debatte, Expertenanhörung u. a.) weiter ausgestaltet werden kann. In einer Konfliktanalyse wird eine (aktuelle) konkrete politische Auseinandersetzung untersucht, die auf längerfristige, grundsätzliche gesellschaftliche Probleme und Widersprüche verweist. Es gilt zunächst zu klären, was der Kern des Konflikts ist, welche inhaltlichen Fragen strittig sind und öffentlich/politisch entschieden werden sollen. Zur Analyse der beteiligten Akteur\_innen, Interessen, Formen der Auseinandersetzung und möglichen Entscheidungsfindung werden konkrete Fragen an den Konflikt gestellt. Diese werden mithilfe

gemeinsamer Planungsschritte und methodischer Überlegungen kooperativ bearbeitet.

#### Vorgehen:

Die Strukturierung und Analyse eines Konflikts orientiert sich an folgenden Schlüsselfragen und politischen Kategorien: Worin besteht der Konflikt (*Konflikt*)? Worum geht es im Einzelnen bei dieser Auseinandersetzung (*Konkretheit*)? Welche Ziele verfolgen die Akteur\_innen in einer Situation oder mit einer Aktion (*Interesse*)? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme stehen ihnen zur Verfügung (*Macht*)? Wie kann ich meinen Einfluss geltend machen (*Mitbestimmung*)? Welche Bündnispartner\_innen stehen dafür zur Verfügung (*Solidarität*)?

Weitere mögliche Kategorien der Konfliktanalyse sind *Recht*, *Funktionszusammenhang*, *Ideologie*, *Geschichtlichkeit* oder *Menschenwürde*.

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Formulieren Sie ausgehend von M1 den zentralen Konflikt, den die Autorin im Streit um die Finanztransaktionssteuer sieht, und entwickeln Sie eigene Fragen, welche sich aus dem Konflikt ergeben.
2. Führen Sie eine Konfliktanalyse nach dem oben dargestellten Vorgehen durch (Methodehinweise). Berücksichtigen Sie dabei die im Artikel beschriebene Einflussnahme durch die Wirtschafts- und Finanzindustrie auf politische Entscheidungsprozesse.

### M1 Kosten der Finanzkrise: Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen

1 Seit Monaten kämpfen Banker, Vermögensverwalter und Anlagestrategen gegen die Finanztransaktionssteuer. Elf EU-Staaten wollen sie einführen und die Branche so an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. [...] Allerdings hat die Abgabe, die derzeit noch im Gespräch ist, wenig mit dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission zu tun. Das dürfte zu einem großen Teil an der Arbeit der Lobbyisten liegen.

10 Nach der Vorstellung der EU-Kommission sollte die Steuer alle Finanzinstitute, alle Märkte und alle Finanzinstrumente treffen. [...] Auch die Bundesregierung hat sich laut Koalitionsvertrag eine Steuer auf »Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen und Derivatekontrakte« vorgestellt. Eingeführt wird die Steuer nun aber wohl nur auf Aktien und ausgewählte Derivate – und damit auf einen Bruchteil der Finanzprodukte am Markt.

20 Die Transaktionssteuer zeigt wie kaum ein anderes politisches Vorhaben, wie groß der Einfluss der Finanzindustrie ist. Der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister spricht von einer »konzertierten Kampagne der Finanzlobby« gegen die Steuer. So sollen Banker und Anlagestrategen über Monate immer wieder versucht haben, Politiker aus allen Lagern und Ländern mit Studien, persönlichen Gesprächen und gezielt gestreuten Informationen zu verunsichern.

30 Dabei war die Lobby zunächst unvorbereitet. 2011 überrascht die EU-Kommission sie mit dem ersten Entwurf für eine Steuer auf Finanzprodukte. »Die Finanzindustrie hat die Forderungen, eine Transaktionssteuer einzuführen, lange nicht ernst genommen«, sagt Dorothea Schäfer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Für besonders viel Furore sorgt ein Papier der US-Investmentbank Goldman Sachs. Die Lobby-

isten verteilen es zunächst bewusst an ausgewählte  
40 Politiker, statt es breit zu streuen. In der Studie  
heißt es, die Steuer werde Europas Großbanken in  
die Verlustzone treiben. Betroffen seien vor allem  
Banken aus Frankreich und Deutschland – also Insti-  
tute aus den beiden Ländern, die sich besonders  
45 stark für die Transaktionssteuer einsetzen. Außer-  
dem sind die Goldman Sachs-Zahlen extrem hoch.  
Die Steuer werde die Banken 170 Milliarden Euro  
kosten, rechnen die Banker vor. Dabei kommt die  
EU-Kommission selbst in ihren Schätzungen ge-  
50 gerade einmal auf 35 Milliarden Euro.

In Deutschland ist es in erster Linie das Deut-  
sche Aktieninstitut (DAI), das gegen die Finanz-  
transaktionssteuer wettet. Die Lobbyisten argu-  
mentieren, dass die Abgabe nicht Banken, sondern  
55 Unternehmer und Sparer treffe. [...]

Dass die Steuer die Altersvorsorge gefährdet,  
ist ein Argument, das Lobbyisten immer wieder  
bringen. Dabei sagt Forscherin Schäfer: »Die  
Auswirkungen der Transaktionssteuer auf die Al-  
60 tersvorsorge werden überschätzt.« Schließlich soll  
Geld, das fürs Alter zurückgelegt wird, langfristig  
angelegt werden. Stark belasten würde die Steuer  
die Altersvorsorge dagegen nur, wenn das Geld  
besonders häufig umgeschichtet würde.

65 Parallel zur Studien-Flut suchen die Lobbyisten  
das persönliche Gespräch. So beobachtet Wissen-  
schafflerin Schäfer immer wieder, wie Mitarbeiter  
des Finanzministeriums im Anschluss an Diskus-  
sionsrunden zum Thema von Branchenvertretern  
70 umringt werden. Bundestagsabgeordnete berich-  
ten von etlichen Besuchen von Bankern. [...]

Wie es derzeit aussieht, können die Interessen-  
vertreter die Einführung der Steuer zwar nicht  
ganz verhindern. Allerdings haben sie sie kräftig  
abgeschwächt. Laut einer Studie, die die Bundes-  
75 regierung bei der Beratungsfirma Copenhagen  
Economics in Auftrag gegeben hat, hätte die ur-  
sprünglich geplante Steuer jährlich 17,6 Milliarden  
Euro in die Staatskasse gespült. Die verwässerte  
80 Abgabe bringt dagegen nur 2,5 Milliarden Euro.

Und das Ringen um die Steuer geht weiter.  
Schäfer vermutet, dass es bis 2016 dauert, bis die  
Staaten die Abgabe einführen. Selbst wenn sich  
die Länder bis Jahresende auf Details einigen,  
85 dauert es, bis alle technischen Vorbereitungen ab-  
geschlossen sind. Der Branche gibt das Zeit, um  
neue Produkte zu entwickeln. [...] Also Finanz-  
produkte, die die Steuer umgehen. ■ Quelle: Carla Neu-

haus, Der Tagesspiegel vom 01.12.2014



Karikatur von Klaus Stüttmann in Der Tagesspiegel © vom 01.12.2014

### EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist eine Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d. h. von wirtschaftlichen Akteur\_innen, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler\_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger\_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist\_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert\_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Dennoch vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater\_innen und Lobbyist\_innen Unternehmensinteressen. Verstärkt werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch u. a.) als Expert\_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

#### Vorgehen:

Teilnehmer\_innen erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulie-

ren eine Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträger\_innen (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein\_e Vertreter\_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche\_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein\_e Moderator\_in zu bestimmen, welche\_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert\_innen und Lobbyist\_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am gewichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteur\_innen ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker\_innen ausgeübt?

#### ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

**1. Vorbereitung:** Fassen Sie die ursprünglichen Ziele und Erwartungen der EU-Kommission unter Berücksichtigung der mit M1 durchgeführten Konfliktanalyse zusammen und benennen Sie das Problem.

**2. Vorbereitung:** Erarbeiten Sie Stellungnahmen aus Sicht der EU-Kommission (M2), von Wirtschaftsverbänden (M3), von Sozialverbänden und finanzmarktkritischen NGOs (M4, M5, [www.attac.de](http://www.attac.de), [www.finance-watch.org](http://www.finance-watch.org)).

**3. Durchführung:** Sie simulieren eine Anhörung vor dem Finanzausschuss des Europäischen Par-

laments zu der Frage »Inwieweit ist die FTS eine sinnvolle und wirksame Maßnahme, die globalen Finanzmärkte zu regulieren?« Sie vertreten eine der in den Materialien M 2–4 beschriebenen Positionen mit dem Ziel, durch Ihr Expertenwissen Einfluss auf die Entscheidung des Europäischen Parlaments zu nehmen.

**4. Reflektion:** Reflektieren Sie den Diskussionsverlauf und die Argumentationen hinsichtlich einer möglichen Beantwortung der Ausgangsfrage. Vergleichen Sie die in der Expertenanhörung gewonnenen Erkenntnisse mit den Ergebnissen und Fragen der Konfliktanalyse.

## M2 EU-Kommission

- 1 Die jüngste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise dauert an und hat schwerwiegende Folgen für die Volkswirtschaften und die öffentlichen Finanzen in der EU. Der Finanzsektor hat bei der Auslösung der Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle gespielt, während die Staaten und allgemein die europäischen Bürger die Kosten getragen haben. In den letzten zwei Jahrzehnten war der Finanzsektor insgesamt [...] von hoher Rentabilität gekennzeichnet [...].
- 10 In dieser Situation haben mehrere Mitgliedstaaten begonnen, zusätzliche Formen der Besteuerung des Finanzsektors einzuführen, während es in anderen Mitgliedstaaten bereits spezielle Steuerregelungen für Finanztransaktionen gab. Die derzeitige Situation hat folgende unerwünschte Auswirkungen:
- 15 - Angesichts der wachsenden Zahl unkoordinierter steuerlicher Maßnahmen der Mitgliedstaaten entsteht eine Fragmentierung der steuerlichen Behandlung im Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen, was EU-weit zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Finanzinstrumenten, Akteuren und Märkten sowie
  - 20 Doppelbesteuerung oder doppelter Nichtbesteuerung führen kann;
  - 25 - die Finanzinstitute leisten keinen angemessenen und substanziellen Beitrag zu den Kosten der jüngsten Krise [...];
  - 30 - die Steuerpolitik trägt weder dazu bei, von Transaktionen abzuhalten, die der Effizienz der Finanzmärkte nicht förderlich sind, aber der Realwirtschaft Mittel zugunsten der Finanzinstitute entziehen [...], noch ergänzt sie laufende regulatorische und Aufsichtsmaßnahmen zur
  - 35 Vermeidung künftiger Krisen im Bereich der Finanzdienstleistungen.
- 40 Die Verwirklichung eines gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems in einer ausreichenden Zahl von Mitgliedstaaten hätte in Bezug auf die unter die Verstärkte Zusammenarbeit fallenden Finanztransaktionen unmittelbare, spürbare Vorteile bei allen drei genannten Aspekten. ■ Quelle: Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 14.02.2013

*Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht in EU-Gesetzgebungsverfahren sowie die Aufgabe, auf die Einhaltung des Europarechts in den Mitgliedstaaten zu achten (»europäische Exekutive«). Eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte betreffend, plädiert sie für ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem mit ausreichend Mitgliedstaaten.*

## M3 Arbeiterwohlfahrt (AWO)

- 1 **Finanztransaktionssteuer muss kommen**
- 2 »Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ist eine entscheidende europäische Initiative und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden«, fordert der AWO-Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler. Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Politik auf, sich auch gegen die Widerstände der Finanzlobby durchzusetzen.
- 10 »Man sollte sich nicht davon abschrecken lassen, dass infolge der Finanztransaktionssteuer Teile des Hochfrequenzhandels nicht mehr in Europa stattfinden würden. Vielmehr ist das ein Ziel. Denn so würde beruhigend eingegriffen werden in einen zuletzt ausufernden Finanzmarkt«, hebt Stadler hervor. Ein neues Gutachten erwartet Mehreinnahmen von 17 Milliarden Euro, aber auch die Verlegung von Geschäften ins Ausland. In diesem Zusammenhang erinnert Stadler an einen Kernas-
- 20 pekt der Steuer: »Sie soll die Gesellschaft vor genau diesen Geschäften schützen, die in den vergangenen Jahren verheerende soziale Krisen ausgelöst haben.« Eine Abwanderung dieser Geschäfte ist der Preis für soziale Sicherheit. Das neue Gutachten betont darüber hinaus, dass die konjunkturellen Effekte kaum spürbar wären. ■ Quelle: Pressemitteilung
- 25 der AWO vom 08.09.2014
- Die Arbeiterwohlfahrt ist ein dezentral organisierter deutscher Wohlfahrtsverbund, der die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen zum Ziel hat und mit 145.000 Mitarbeiter\_innen einen der größten Arbeitgeber Deutschlands darstellt. Die AWO fordert in finanzpolitischen Fragen eine stärkere Kontrolle des Wirtschafts- und Bankensektors sowie eine Stärkung sozialer Bereiche.*

#### M4 Deutsche Kreditwirtschaft (DK)

1 Nach Ansicht der deutschen Kreditwirtschaft ha-  
 . ben viele Regierungen, Zentralbanken, unabhän-  
 . gige Analysten und Steuerexperten in einer Viel-  
 . zahl von Stellungnahmen in der Vergangenheit zu  
 5 Recht ihre Besorgnis gegenüber einer FTS deut-  
 . lich gemacht. Eine solche, nur von wenigen Staa-  
 . ten befürwortete FTS, werde den gemeinsamen  
 . Markt für Finanzdienstleistungen gefährden, zu  
 . einer Wettbewerbsverzerrung zwischen Markt-  
 10 teilnehmern aus den verschiedenen Mitgliedstaa-  
 . ten führen und insgesamt zu einer Destabilisie-  
 . rung der Finanzmärkte in Europa beitragen.  
 . Der Deutschen Kreditwirtschaft zufolge wird  
 . die von den Befürwortern einer FTS erhoffte po-  
 15 sitive Lenkungswirkung nicht eintreten, denn die  
 . zur Debatte stehende FTS soll undifferenziert alle  
 . Finanztransaktionen erfassen. Daher würde die  
 . Steuer generell alle Finanzprodukte verteuern und  
 . damit nicht nur von den Kreditinstituten selbst,  
 20 sondern von der gesamten Wirtschaft und den  
 . Bürgern einschließlich der Kleinsparer zu tragen  
 . sein. Leidtragende wären etwa Unternehmen, die  
 . sich gegen Kursrisiken absichern müssen, sowie  
 . Bürger, die Sparziele – insbesondere mit Blick auf  
 25 die Altersvorsorge – verfolgen.

. Zudem wird eine FTS zu einer Mehrfachbelas-  
 . tung von Geschäften mit mehreren Handelsstufen  
 . führen. Von derartigen Kaskadeneffekten sind  
 . insbesondere sowohl Verbund- als auch Konzern-  
 30 strukturen betroffen. Durch die Steuer werden  
 . auch Wertpapierpensionsgeschäfte, die unter an-  
 . derem für die Liquiditätsteuerung zwischen den  
 . Kreditinstituten von tragender Bedeutung sind,  
 . beeinträchtigt, mit negativen Folgen für die ganze  
 . Wirtschaft. Zudem zeigt eine kürzlich veröffent-  
 35 lichte Untersuchung der Europäischen Kommis-  
 . sion, dass neben den genannten tiefgreifenden  
 . Problemen zusätzlich der zu Erhebung und Ver-  
 . teilung der Steuererlöse zu betreibende Aufwand  
 40 nicht unterschätzt werden darf. ■ Quelle: Pressemitteilung  
 . der DK vom 26.01.2015

. *Die Deutsche Kreditwirtschaft ist ein Zusammenschluss  
 . der fünf größten Kreditinstitute Deutschlands und  
 45 dient der Vertretung der Interessen der Kreditwirtschaft  
 . gegenüber staatlichen Institutionen. Grundlegendes  
 . Ziel der DK ist es, Märkte zu liberalisieren und  
 . staatliche Kontrollmechanismen zu reduzieren.  
 . Im Zuge des Ausbaus der Europäischen Wirtschafts-  
 50 und Währungsunion wird die Rolle der DK auf  
 . europäischer Ebene zunehmend bedeutender.*

#### M5 Oxfam

1 **Endlich: Die Finanztransaktionssteuer  
 . kommt! Bedauerlich: Der Beschluss  
 . greift noch zu kurz!**  
 . Zehn EU-Mitgliedsländer haben sich heute am  
 5 Rande des Treffens der EU-Finanzminister auf  
 . die Besteuerung bestimmter Finanztransaktionen  
 . im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit  
 . geeinigt. Dies ist ein wichtiger Schritt, jedoch be-  
 . zieht sich die Steuer zunächst nur auf Aktien und  
 10 einige Derivate, zudem tritt sie erst 2016 in Kraft.  
 . Weite Teile des Derivatehandels sowie Anleihen  
 . sind erstmal ausgenommen, ihre Einbeziehung in  
 . die Steuer soll weiter verhandelt werden. [...]  
 . Entscheidend sind nun die Verhandlungen  
 15 über die zweite Stufe der Steuer, in welcher der  
 . Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteu-  
 . er (FTS) erweitert werden soll. Bei einer voll-  
 . ständigen Umsetzung könnte die Steuer jährlich  
 . bis zu 34 Milliarden Euro in die Haushalte der  
 20 beteiligten Länder spülen, davon 11 Milliarden  
 . Euro in Deutschland. Wie viel die FTS tatsächlich  
 . einbringen wird, hängt aber von der konkreten  
 . Ausgestaltung ab. [...]

25 **Wir brauchen eine echte Steuer gegen Armut!**  
 . Eine umfassende und effektive Finanztransakti-  
 . onssteuer ist nur dann eine Steuer gegen Armut,  
 . wenn ein großer Teil der zukünftigen Einnahmen  
 . für die weltweite Armutsbekämpfung und die  
 . Bekämpfung des Klimawandels verwendet wird.  
 30 Doch hierzu wurde bei der heutigen Verlautba-  
 . rung kein Wort verloren. ■ Quelle: Pressemitteilung von Oxfam  
 vom 06.05.2014

*Oxfam ist ein unabhängiger Verbund verschiedener Hilfs-  
 und Entwicklungsorganisationen, der sich dem Kampf  
 gegen die weltweit steigende Armut verschrieben hat und  
 größtenteils aus Spenden finanziert wird. Um die im  
 Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedeten  
 Millennium-Entwicklungsziele umzusetzen, stellt  
 Oxfam ökologische (z. B. Maßnahmen gegen Klima-  
 wandel), soziale (z. B. mehr Entwicklungshilfe, allge-  
 meine Grundbildung und Gesundheitsversorgung) sowie  
 finanz- und wirtschaftspolitische (z. B. gerechte Welt-  
 handelsregeln, Finanztransaktionssteuer) Forderungen.*

## Was ist die Finanztransaktionssteuer (FTS)?

---

### INFO

**Umfang und Geltungsbereich der FTS** Die Finanztransaktionssteuer ist eine Steuer, die bei Geschäften (Transaktionen) auf den Finanzmärkten gezahlt werden muss. Das können zum Beispiel Geschäfte mit Währungen (Geld verschiedener Länder) sein, wie der Tausch von Euro in Dollar. Es kann aber auch der Handel mit Aktien (Anteile an Unternehmen) sein oder der Handel mit Anleihen (Schuldscheine) und anderen Finanzpapieren (Derivaten<sup>1</sup>).

Auf den Kauf/Verkauf von solchen Finanzvermögen soll ein geringer Steuersatz von 0,01 bis zu 0,5 Prozent erhoben werden. Wer zum Beispiel 500 Euro in Dollar tauscht, müsste dann eine Steuer von fünf Cent bis maximal 2,50 Euro zahlen. Wer für 1000 Euro Aktien kauft, müsste zwischen zehn Cent und fünf Euro Steuern zahlen.

**Ziele der FTS** Ziel der Finanztransaktionssteuer ist es, extrem kurzfristige Geschäfte zu verhindern, die nur gemacht werden, um kleinste Preisunterschiede auszunutzen. Ein Extremfall ist der sogenannte Hochfrequenzhandel, bei dem Computerprogramme automatisch innerhalb von Millisekunden kaufen und verkaufen. Auf Grund der Steuer würden sich diese kurzfristigen Spekulationsgeschäfte meist nicht mehr lohnen, was die Finanzmärkte und die Wirtschaft insgesamt stabilisieren würde.

**Von der FTS Betroffene** Zahlen müssten diese Steuer vor allem diejenigen, die es sich leisten können, ihr Kapital in Aktien und andere Finanzpapiere zu investieren. Zwar müssten auch Kleinsparer\_innen mit bestimmten Sparverträgen die Steuer zahlen, allerdings wäre sie geringer als die Bankgebühren, die im Rahmen solcher Verträge anfallen.

Auch gegen das meist von Banken vorgebrachte Argument der Abwanderung von Kapital spricht einiges. Zum einen sind die Händler\_innen auf die Nutzung technischer Plattformen angewiesen, auf denen beispielsweise alle in Euro notierten Wertpapiere gehandelt werden. Zum anderen kann die Steuer erhoben werden, wenn nur ein Handelspartner seinen Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes hat. Diesen Sitz in der Nähe des Handelsplatzes zu verlegen, würde sich für die meisten Unternehmen nicht lohnen.

**Verwendung der FTS** Wie jede andere Steuer bringt die FTS Geld in die Kassen der Staaten. Attac und andere zivilgesellschaftliche Organisationen fordern, dieses Geld vor allem für die Beseitigung von Hunger und Armut in der Welt einzusetzen.

**Vorgänger der FTS** Die Vorschläge für Steuern auf Finanztransaktionen gehen auf die Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes und James Tobin zurück. Die Tobin-Steuer auf den Handel mit Währungen war der erste Vorschlag für eine Steuer, der auf die globalisierten Finanzmärkte zugeschnitten war. Bisher ist die Finanztransaktionssteuer jedoch nur ein Vorschlag, der noch nicht umgesetzt ist.

.....  
<sup>1</sup> Derivate sind »abgeleitete Wertpapiere«, das heißt, ihr Preis hängt von der Entwicklung anderer Preise ab. Ein Beispiel sind Versicherungen gegen den starken Fall (oder starken Anstieg) von bestimmten Preisen (zum Beispiel den Öl-Preis) in der Zukunft.



## Politisches Engagement zwischen Mobilisierung, Instrumentalisierung und Misserfolg



Protestaktion der Kampagne »Steuer gegen Armut« in Brüssel  
Foto: Oxfam

### M1 Kampagne »Steuer gegen Armut«

- 1 Unser Bündnis fordert mit der Einführung der  
2 Finanztransaktionssteuer eine »Steuer gegen Ar-  
3 mut«. Mit den Milliardensummen, die bereits  
4 mit einer niedrigen Steuer von 0,05 Prozent er-  
5 zielt werden, könnte mehr Gerechtigkeit möglich  
6 werden. Denn die erzielten Mittel müssen für die  
7 weltweite Armutsbekämpfung, den Klima- und  
8 Umweltschutz und die Bewältigung der Finanz-  
9 krise gezielt eingesetzt werden! [...]
- 10 Die Steuer gegen Armut ist somit eine Frage  
11 der Mitmenschlichkeit, der globalen Gerechtig-  
12 keit und der Verlässlichkeit. Das Aufkommen für  
13 Armutsbekämpfung und Klimaschutz wäre nicht  
14 mehr abhängig von der Spendenfreudigkeit oder  
15 den konjunkturell bedingt in ihrer Höhe schwan-  
16 kenden Haushalten, sondern würde, da eine jäh-  
17 rlich feste Größe, die mittelfristige und langfristige  
18 Planung von Projekten ermöglichen. Auch die  
19 Bürgerinnen und Bürger profitieren von dieser  
20 Steuer, da Massensteuern wie beispielsweise die
- 21 Mehrwertsteuer nicht erhöht werden müssen, um  
22 diese wichtigen Entwicklungsziele zu erreichen.  
23 Stattdessen wird das Geld dort geholt, wo es im  
24 Überfluss vorhanden ist – bei den Gewinnern des  
25 bisherigen Globalisierungsmodells und den Ver-  
26 ursachern der Weltfinanzkrise. ■
- 27
- 28 *98 Organisationen unterstützen die Kampagne »Steuer  
29 gegen Armut«, darunter: Bischöfliche Aktion ADVE-  
30 NIAT, Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik,  
31 Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, Attac  
32 Deutschland, AWO Bundesverband e. V., Brot für die  
33 Welt, Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen, Bund  
34 für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Christlich  
35 Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Deutsche  
36 Welthungerhilfe, Deutscher Caritasverband, Deutscher  
37 Gewerkschaftsbund, Ethikbank, GLS-Bank, Green-  
38 peace e. V., Die LINKE, Medico international, Oxfam  
39 Deutschland, Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
40 (SPD) und Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.*

**M2 Projekt der Bürgergesellschaft  
gegen Finanzindustrie durchsetzen!**

1 [...] »Die Verhandlungen zur Finanztransaktions-  
steuer sind seit Monaten festgefahren. Die Bun-  
desregierung muss jetzt Farbe bekennen. Wir er-  
warten von Finanzminister Schäuble, dass er eine  
5 Initiative ergreift, um in einem ersten Schritt zu  
einer politischen Einigung mit Paris zu kommen«,  
sagt Detlev von Larcher, Moderator von »Steuer  
gegen Armut« und für Attac im Steuerungskreis  
des Bündnisses. Ohne eine deutsch-französische  
10 Einigung sei die Steuer zum Scheitern verurteilt.  
[...]  
Einige Länder, insbesondere Frankreich, hätten  
sich unter dem Druck der Finanzindustrie von  
einer umfassenden Finanztransaktionssteuer ver-  
abschiedet, es drohe ein halbgarer Kompromiss.  
15 »Das ist völlig inakzeptabel und wäre ausgerechnet  
bei einem der prominentesten Projekte der Gro-  
ßen Koalition ein Einknicken vor den Interessen  
der Finanzindustrie«, konstatiert Peter Wahl, für  
20 WEED im Steuerungskreis des Bündnisses. Da  
vor allem Deutschland und Österreich nach wie  
vor eine umfassende Finanztransaktionssteuer mit  
breiter Steuerbasis und wirksamen Maßnahmen  
gegen Steuervermeidung unterstützen, sei es jetzt  
25 dringend notwendig, die Pattsituation auf politi-  
scher Ebene aufzubrechen.  
»Auch aus Einnahmesicht ist eine umfassende  
Steuer unabdingbar«, sagt Tobias Hauschild, für  
Oxfam im Steuerungskreis von »Steuer gegen Ar-  
mut«. Die Finanztransaktionssteuer könne allein  
30 in Deutschland 17 Milliarden Euro einbringen.  
Mit diesem Geld müssten Maßnahmen zur Erhö-  
hung der Entwicklungsfinanzierung, den inter-  
nationalen Klimaschutz und soziale Ausgaben in  
Deutschland und Europa finanziert werden, wie  
35 vom Bündnis gefordert. ■ Quelle: Pressemitteilung »Steuer gegen  
Armut« vom 09.12.2014

**ARBEITSVORSCHLÄGE**

1. Lesen Sie die Stellungnahme der Kampagne »Steuer gegen Armut« (M1) und beurteilen Sie, ob Sie die Einführung einer abgeschwächten Finanztransaktionssteuer im Jahre 2016 als Erfolg oder Misserfolg für die Kampagne »Steuer gegen Armut« werten würden. Begründen Sie Ihre Position.
2. Lesen Sie die Pressemitteilung von »Steuer gegen Armut« (M2) und diskutieren Sie, inwiefern zivilgesellschaftliche Bündnisse und Netzwerke in gesellschaftliche Machtstrukturen eingebunden sind. An welche Grenzen stößt ihr Engagement? Wie kann sich dies auf die Strategien und den Erfolg ihrer Mobilisierung auswirken?
3. Entwickeln Sie Ideen für eine Kampagne, mit der die europäische Finanzpolitik demokratischer gestaltet werden könnte und begründen Sie Ihre Wahl hinsichtlich Ihrer Einflussmöglichkeiten. Berücksichtigen Sie die vielfältigen Formen politischen Engagements und Protests (Mitarbeit in NGO oder Partei, Demonstrationen, Streiks, Petitionen, Blockaden, Graffiti etc.) und deren reale Einflussmöglichkeiten.  
Nutzen Sie zur Vorbereitung und Planung die Checkliste Aktionsplanung (M3) und den Leitfaden zur Kampagnenarbeit auf <http://t1p.de/4ovh>.

### M3 **Checkliste:** **Aktionsplanung**

- 1 - **Situationsanalyse:** Wie ist die politische Lage?  
 . Warum ist eine Aktion zu diesem Zeitpunkt  
 . sinnvoll?  
 .
- 5 - **Zielgruppe definieren:** Wer soll beeinflusst  
 . werden und was sollen sie tun?  
 .
- 10 - **Konkrete Ziele definieren:** Welche Aktions-  
 . form passt? Wie soll die Aktion die politischen  
 . Ziele rüberbringen?  
 .
- 15 - **Szenario/Choreographie:** Ablauf, Bild, Ein-  
 . satz der Aktivist\_innen planen  
 .
- 15 - **Geeigneten Ort finden**  
 .
- 20 - **Zeitdauer festlegen.** Wann ist die Aktion zu  
 . Ende?  
 .
- 20 - **Koordination:** Verteilen der verschiedenen  
 . Hüte: Vorbereitung, Materialerstellung, Ablauf-  
 . regie, Pressearbeit, Transport der Materialien  
 .
- 25 - **Vernetzung:** Wollt ihr andere Gruppen einbin-  
 . den? Wenn ja, bereits bei der Planung oder erst  
 . bei der Durchführung?  
 .
- 30 - **Inhaltliche Präsentation:** Vorbereitung und  
 . Besorgen der Materialien und Aktionsrequi-  
 . siten: Flugblätter, Info-Stellwände, Banner,  
 . Plakate, sonstige Materialien. Klärung der  
 . Transportfrage.  
 .
- 35 - **Mobilisierung:** Klären, wie viele Leute dabei  
 . sein sollten. Aktivist\_innen mobilisieren, per-  
 . sönlich ansprechen.  
 .
- 40 - **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:** Vorbe-  
 . reitung der Medienarbeit: Pressemitteilung als  
 . Einladung zur Aktion, Pressemitteilung nach  
 . der Aktion. Wer übernimmt die Rolle der Pres-  
 . sesprecher\_in? Soll es eine Pressemappe mit  
 . mehr Infos geben?
- 45 - **Anmeldung:** Jede legale Aktion muss bei der  
 . Polizei oder dem Ordnungsamt als Versamm-  
 . lung/Kundgebung angemeldet werden. Nicht  
 . vergessen: Es gibt ein Demonstrationsrecht,  
 . Aktionen müssen von der Polizei nicht genehm-  
 . igt werden. Die Polizei ist verpflichtet, die  
 . 50 Aktion zu schützen und ihre Durchführung  
 . sicherzustellen.
- 55 - **Vorbereitung der Aktivist\_innen** – Bespre-  
 . chung des Ablaufs und der verschiedenen Rol-  
 . len gemeinsam mit allen Beteiligten  
 .
- 60 - **Training:** Welche inhaltliche oder praktische  
 . Vorbereitung braucht es? Sinnvoll sind Argu-  
 . mentationsübungen – jeder sollte in der Lage  
 . sein, sinnvolle Sätze in ein Mikrofon zu sprechen.
- 65 - **Aufteilung:** Wer macht was? Wer ist direkt bei  
 . der Aktion, wer arbeitet »hinter den Kulissen«  
 . als Kontakt zu Polizei/Ordnungsamt, Ansprech-  
 . person für Presse und Öffentlichkeit etc.?
- 70 - **Entscheidungsfindung vor Ort, falls not-  
 . wendig:** Wie ist der Gruppenprozess während  
 . der Aktion? Wer entscheidet?  
 .
- 75 - **Koordination:** Ist der Kontakt der Aktivist\_in-  
 . nen untereinander während der Aktion (nur bei  
 . großen Aktionen) gesichert?
- 80 - **Bei Zivilem Ungehorsam oder unklarer  
 . Lage vor Ort:** Bezugsgruppen bilden und  
 . genügend Zeit zur Vorbereitung einplanen.  
 . Kommunikationsprozess geklärt? Braucht es  
 . Trainings für Gewaltfreie Aktion? Sind die  
 . rechtlichen Fragen geklärt? Ist die Ausrüstung  
 . okay? ■ Quelle: Leitfaden für Attac-Gruppen

## Die EZB und ich – Einführung in die Geldpolitik

---

### Kurzbeschreibung:

Die Aktivität »Die EZB und ich« bietet einen spielerischen Einstieg in das Themenfeld Geld, Banken, Zentralbanken und Geldpolitik. Die Teilnehmer\_innen übernehmen Rollen, in denen sie zeitgleich verschiedene alltägliche Zahlungsvorgänge tätigen. Anschließend werden die entsprechenden Zahlungen und die Rolle der Zentralbank im Hintergrund (Geldausgabe, Leitzins und Mindestreserve) nachvollzogen. Zugleich wird die Frage aufgeworfen, warum die Zentralbank keine direkten Kredite an Staaten vergibt.

### Zeit:

45 bis 90 Minuten

### Gruppengröße:

8 bis 40 Personen

### Material:

- 8 Rollenkarten (Schülerin Hanna, Schreinerei Otte, Handy-Laden Mobile-World, Vor-Ort-Bank, Spar-Bank, Super-Invest-Bank, EZB und Staat)
- 8 Konten und Stifte zum Eintragen
- 1 »Smartphone«
- 1 »Staatsanleihe«
- 1.000 Euro Spielgeld (5 mal 10 Euro, 4 mal 100 Euro, 1 mal 50 Euro und 1 mal 500 Euro)
- Tabelle zum Nachvollziehen der Zahlungen plus Infotext und Schaubild »Die EZB und die anderen Wirtschaftsakteure« (PDF plus Beamer, Overhead-Folie oder Kopien)

### Ablauf:

Zum Einstieg werden Vorstellungen zur Frage »Was habe ich eigentlich mit der EZB zu tun?« gesammelt.

Anschließend wird die Gruppe in acht Kleingruppen aufgeteilt, die sich an verschiedenen Tischen im Raum verteilen. Jede Gruppe bekommt eine Beschreibung ihrer Rolle und ein Konto auf dem Schulden und Guthaben eingetragen werden können. Die EZB bekommt außerdem die 1.000 Euro Spielgeld (500 + 4 × 100 + 1 × 50 + 5 × 10), die Firma Mobile-World bekommt das Smartphone und der Staat bekommt die Staatsanleihe.

Jede Gruppe stellt ein Schild mit ihrer Rolle (z.B. Schreinerei Otte) auf den Tisch, trägt die Rolle auf ihrem Konto ein und liest ihre »Aufgaben« im Rahmen der Aktivität durch. Wenn alle Gruppen verstanden haben, was sie tun sollen, geht es los. Jede Gruppe erledigt ihre Aufgaben, indem sie mit den dazu passenden anderen Gruppen interagiert. Die Schülerin geht zur Bank und zahlt Geld auf ihrem Konto ein, die Bank hinterlegt von der Spareinlage eine Mindestreserve bei der EZB und so weiter. Die Aktivität endet, wenn alle ihre Aufgaben erledigt haben.

In **Teil I der Auswertung** werden zunächst alle Zahlungsvorgänge rekapituliert, die während der Aktivität stattgefunden haben: Die Gruppen erzählen der Reihe nach, was sie gemacht haben und wie sich ihr Bestand an Bargeld oder ihr Konto dabei entwickelt haben. Mit Hilfe der Tabelle kann dies Schritt für Schritt von allen nachvollzogen werden. Mögliche Fehler werden gemeinsam korrigiert.

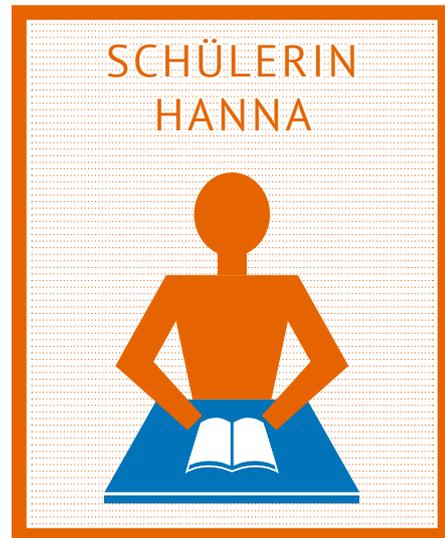
In **Teil II der Auswertung** werden die Spielsergebnisse mit Hilfe des Infotextes und des Schaubildes verallgemeinert, so dass wesentliche Zusammenhänge zwischen verschiedenen Wirtschaftsakteuren (Bürger\_innen bzw. Privathaushalte, Unternehmen, Banken, Zentralbank und Staat) deutlich werden. Indem die Ausgabe von Bargeld und die Regulierung der Geldmenge (mittels Leitzins- und Mindestreservpolitik) als wesentliche Punkte angesprochen werden, wird an dieser Stelle die Frage »Was habe ich mit der Zentralbank zu tun?« wieder aufgegriffen.

In einem **letzten Auswertungsteil** können dann anhand der Zinszahlungen die Kreditverhältnisse (Schuldner\_innen und Gläubiger\_innen) im Wirtschaftsprozess thematisiert werden. Wer nimmt bei wem Kredit, woraus werden jeweils die Rückzahlungen plus Zinsen bezahlt (Lohnneinkommen, Unternehmensgewinne, Steuern). Hier bietet sich (am Beispiel der Super-Invest-AG) insbesondere die Frage der Staatsfinanzierung an. Ist es sinnvoll, dass Privatbanken von Staatsanleihen profitieren oder sollte die EZB (die selbst eine staatliche Institution ist) auch direkt Kredite an Staaten vergeben? Diese Frage kann dann anhand des Arbeitsblattes »III.8 EZB und Staatsfinanzierung« weiter verfolgt werden.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

**Schülerin Hanna** Sie sind eine Schülerin, die in den Ferien gejobbt hat, damit Sie sich ein neues Smartphone kaufen können. Den Rest Ihres Lohns wollen Sie sparen, um sich später etwas dafür zu gönnen.

- 1 Sie haben in den Ferien bei der Schreinerei Otte gejobbt und bekommen dafür noch 1.000 € Lohn (in bar).
- 2 Für 200 € kaufen Sie bei Mobile-World ein neues Smartphone.
- 3 Von Ihren 1.000 € Lohn müssen Sie 10 € Lohnsteuer und beim Kauf Ihres Handys müssen Sie 40 € Umsatzsteuer («Mehrwertsteuer») zahlen. Insgesamt zahlen Sie also 50 € Steuern (bar) an den Staat.
- 4 Die restlichen 750 € zahlen Sie auf ein Sparbuch bei der Spar-Bank ein, die Ihnen dafür 1% Zinsen pro Jahr bezahlt. Die 750 € werden auf Ihrem Konto gutgeschrieben, (Guthaben).
- 5 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



**Schreinerei Otte** Sie sind ein Handwerksbetrieb, der sich auf den Einbau von Türen und Fenstern spezialisiert hat. Auf Ihrem Konto haben Sie ein Guthaben von 1.000 €; tragen Sie dies zunächst ein.

- 1 Sie schulden der Schülerin Hanna noch 1.000 € für den Ferienjob: Heben Sie das Geld bar von Ihrem Konto bei der Vor-Ort-Bank ab. Die Bank zahlt Ihnen das Geld aus und das Guthaben auf Ihrem Konto sinkt entsprechend um 1.000 €.
- 2 Zahlen Sie Hanna die 1.000 € Lohn bar aus.
- 3 Für die Reparatur eines Schulgebäudes bekommen Sie 10.000 € vom Staat. Lassen Sie sich das Guthaben von den Vertreter\_innen des Staats auf Ihrem Konto gutschreiben (Guthaben).
- 4 Sie wollen das Geld für spätere Geschäfte sparen. Gehen Sie zur Vor-Ort-Bank und zahlen Sie es auf ein Konto (mit 2% Zinsen) ein.
- 5 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

**Vor-Ort-Bank** Sie sind eine Bank, die sich auf Geschäfte mit Kunden aus der Umgebung konzentriert. Sie bieten Ihrer Kundschaft Möglichkeiten Geld zu sparen und vergeben Kredite.

- 1 Sie brauchen Bargeld, das Sie an Ihre Kunden auszahlen können. Besorgen Sie sich 1.000 € Bargeld bei der EZB. Die EZB leiht Ihnen die 1.000 € (als Kredit mit 1% Zinsen) und trägt deshalb 1.000 € Schulden auf Ihrem Konto ein.
- 2 Wenn Ihr Kunde, die Schreinerei Otte, zu Ihnen kommt, dann zahlen Sie 1.000 € bar aus und tragen das auf dem Konto des Kunden ein (-1.000 € bei Guthaben).
- 3 Schreinerei Otte zahlt 10.000 € auf ein Sparkonto (mit 2% Zinsen) ein. Auf dem Konto der Schreinerei ändert sich nichts (die 10.000 € Guthaben bleiben stehen). Aber auf dem Konto Ihrer Bank werden die 10.000 € (Schulden) eingetragen, die Sie der Schreinerei jetzt schulden.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



**Spar-Bank** Sie sind eine Bank, die sich auf Geschäfte mit Kunden aus der Umgebung konzentriert. Sie bieten Ihrer Kundschaft Möglichkeiten Geld zu sparen und vergeben Kredite.

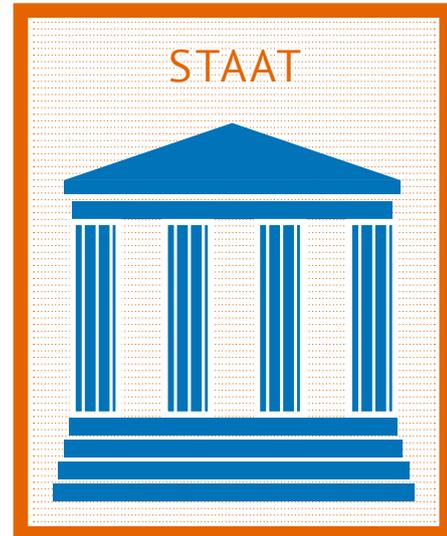
- 1 Die Schülerin Hanna zahlt 750 € auf ein Sparbuch bei Ihrer Bank ein. Nehmen Sie das Bargeld, tragen Sie der Kundin 750 € Guthaben auf dem Konto ein und tragen Sie in Ihrem eigenen Konto 750 € Schulden ein, die Sie der Kundin auf Wunsch wieder auszahlen müssen.
- 2 Von jeder Einzahlung von Kunden müssen Sie eine Mindestreserve bei der EZB hinterlegen (derzeit 1,3%). Im Fall der 750 € der Schülerin sind das rund 10 €. Gehen Sie also zur EZB und zahlen Sie dort 10 € Mindestreserve ein. Die EZB trägt die 10 € als Guthaben auf Ihrem Konto ein.
- 3 Nach dem Hinterlegen der Mindestreserve haben Sie 740 €, die Sie als Kredit (zu 5% Zinsen) an die Firma Mobile-World vergeben. Zahlen Sie ihr das Geld bar aus, tragen Sie die 740 € Euro Schulden auf dem Konto der Firma und 740 € (Guthaben) auf Ihrem eigenen Konto ein.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

**Staat** Sie nehmen Steuern ein und erfüllen damit öffentliche Aufgaben wie den Betrieb von Schulen. Wenn die Steuereinnahmen dafür nicht reichen, können Sie Kredite aufnehmen, indem Sie Staatsanleihen ausgeben.

- 1 Die Schülerin Hanna kommt zu Ihnen (Ihrem Finanzamt), um 10 € Lohnsteuer und 40 € Umsatzsteuer (»Mehrwertsteuer«) zu zahlen. Nehmen Sie die 50 € bar entgegen.
- 2 Sie brauchen Geld, um die Reparatur eines Schulgebäudes zu bezahlen. Gehen Sie zur Super-Invest-Bank und verkaufen Sie ihr eine Staatsanleihe für 10.000 € zu 5 % Zinsen. Lassen Sie sich das Geld auf Ihrem Konto gutschreiben (Guthaben) und als neue Schulden eintragen.
- 3 Überweisen Sie 10.000 € an die Schreinerei Otte für die Reparatur der Schule. Gehen Sie zur Schreinerei und tragen Sie ihr die 10.000 € (Guthaben) auf dem Konto ein. Gleichzeitig müssen Sie das Geld von Ihrem eigenen Guthaben abziehen (-10.000 € Guthaben).
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



**Super-Invest-Bank** Sie sind eine Investment-Bank, die auf den Handel mit Wertpapieren wie Aktien und Staatsanleihen spezialisiert ist.

- 1 Gehen Sie zur EZB und nehmen Sie dort einen Kredit von 10.000 € zum aktuellen Leitzins von 1 % auf. Die Zentralbank schreibt Ihnen das Geld auf dem EZB-Konto gut (Guthaben) und trägt es zugleich bei Ihnen als Schulden ein, weil Sie es jetzt an die EZB zurückzahlen müssen.
- 2 Wenn der Staat zu Ihnen kommt, kaufen Sie ihm für 10.000 € eine Staatsanleihe (zu 5 % Zinsen) ab. Nehmen Sie die Staatsanleihe entgegen und tragen Sie dem Staat die 10.000 € (Guthaben) auf seinem Konto ein. Gleichzeitig müssen Sie dem Staat das Geld als Schulden eintragen und vom Guthaben auf Ihrem eigenen Konto abziehen (-10.000 €).
- 3 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

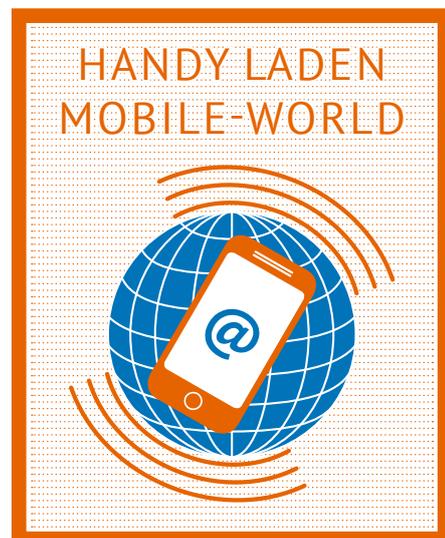
**Europäische Zentralbank (EZB)** Sie sind die Zentralbank im Euro-Raum. Sie geben das Bargeld aus, und Sie versuchen die Geldmenge zu steuern: Sie leihen Banken (zum aktuellen Leitzins) Geld, das diese an ihre Kunden weitergeben, und Sie verwalten die Mindestreserve, die Banken vom Geld ihrer Kunden hinterlegen müssen und nicht weiter verleihen können.

- 1 Die Vor-Ort-Bank kommt zu Ihnen, weil sie Bargeld braucht. Zahlen Sie ihr 1.000 € (als Kredit mit 1% Zinsen) aus. Tragen Sie diese als Schulden auf dem Konto der Vor-Ort-Bank ein und als Forderung (Guthaben) auf Ihrem eigenen Konto.
- 2 Von allen Einzahlungen ihrer Kunden müssen Banken eine sogenannte Mindestreserve (von derzeit 1,3%) bei Ihnen hinterlegen. Nehmen Sie 10 € Mindestreserve von der Spar-Bank bar entgegen. Tragen Sie die 10 € als Guthaben auf dem Konto der Spar-Bank ein und als Schulden auf Ihrem eigenen Konto.
- 3 Die Super-Invest-Bank kommt zu Ihnen, weil sie einen Kredit von über 10.000 € (zum derzeitigen Leitzins von 1%) aufnehmen möchte. Schreiben Sie der Bank das Geld auf ihrem Konto gut (Guthaben). Ab jetzt schuldet Ihnen die Super-Invest-Bank dieses Geld, tragen Sie ihr also 10.000 € (Schulden) und 10.000 € (Guthaben) auf Ihrem eigenen EZB-Konto ein.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).

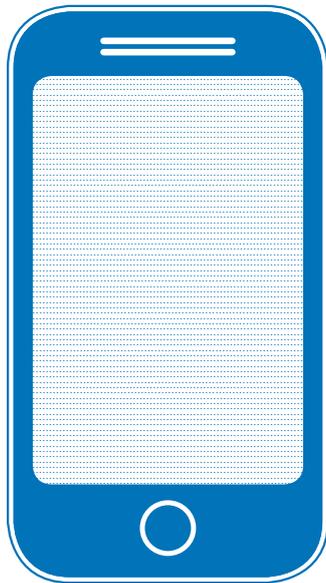


**Mobile-World** Sie betreiben einen Laden, in dem Sie Handys, Smartphones und Tabletcomputer verkaufen.

- 1 Die Schülerin Hanna kommt in Ihren Laden, um ein Smartphone für 200 € zu kaufen. Nehmen Sie das Geld bar an.
- 2 Sie brauchen Wechselgeld für die Kasse. Weil die Geschäfte gerade nicht gut laufen, müssen Sie dafür Ihr Konto überziehen. Gehen Sie zur Spar-Bank und lassen Sie sich 740 € bar auszahlen. Da Sie diesen Kredit (mit 5% Zinsen) zurückzahlen müssen, trägt die Bank die 740 € (Schulden) auf Ihrem Konto ein.
- 3 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



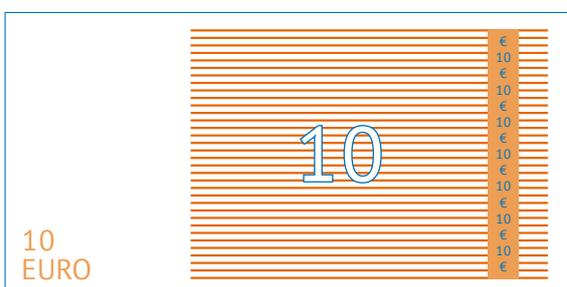
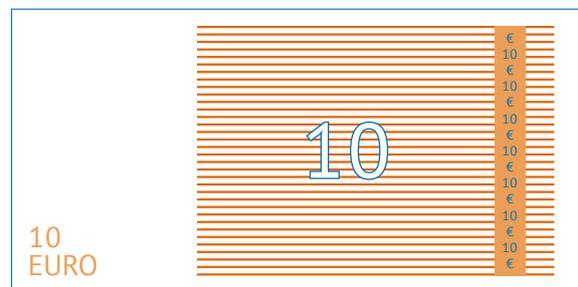
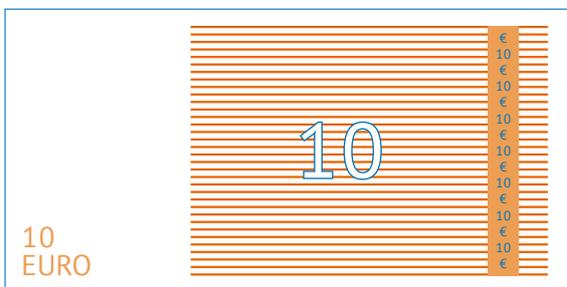
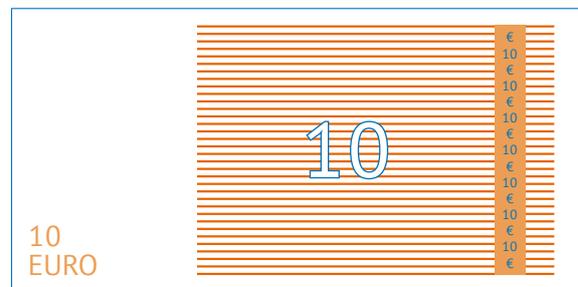
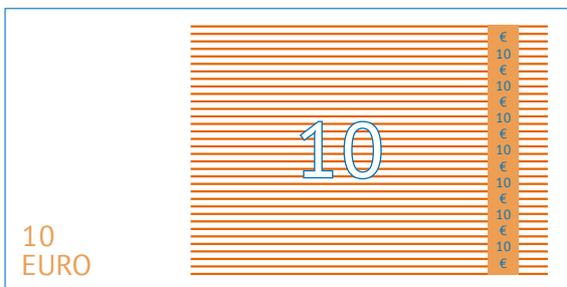
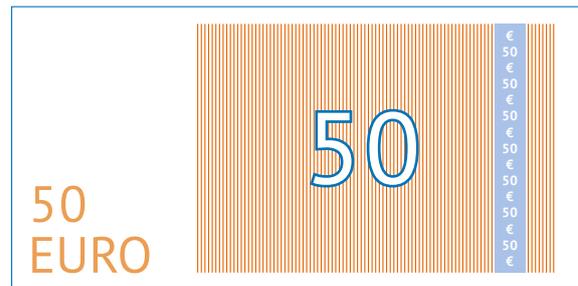
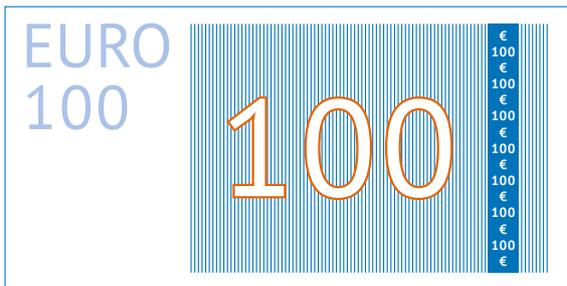
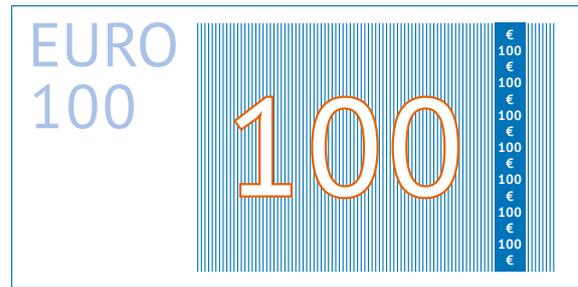
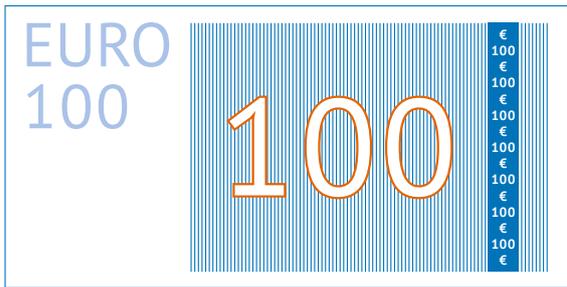
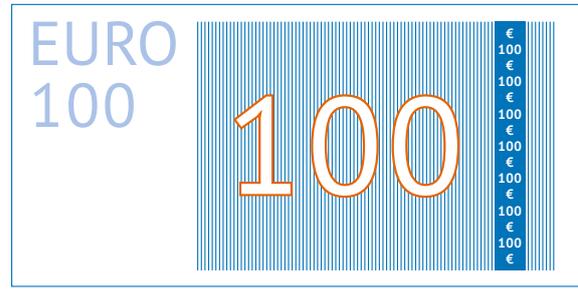
REQUISITEN KOPIERVORLAGEN FÜR SMARTPHONE, STAATSANLEIHE & KONTO



Konto von .....

Schulden	Guthaben

REQUISITEN KOPIERVORLAGEN GELDSCHEINE



	Zahlung	Buchgeld (Konto) in €		Bargeld in €
		Schulden	Guthaben	
<b>Hanna</b>				
1	bekommt 1.000 € Lohn von Schreinerei Otte			1.000,00
2	zahlt 200 € bar für ihr Handy an Mobile-World			-200,00
3	zahlt 10 € Lohn- und 40 € Mehrwertsteuer an den Staat			-50,00
4	zahlt 750 € auf Sparbuch (mit 1% Verzinsung) bei der Spar-Bank ein		750,00	-750,00
5	1% Zinsen für 750 € von der Spar-Bank		7,50	
<b>Schreinerei Otte</b>				
1	hebt 1.000 € vom Konto bei der Vor-Ort-Bank ab		-1.000,00	1.000,00
2	zahlt 1.000 € Lohn bar an Hanna			-1.000,00
3	bekommt 10.000 € vom Staat für Reparaturen		10.000,00	
4	Zahlt die 10.000 auf ein Konto (zu 2% Zinsen) bei der Vor-Ort-Bank ein			
5	2% Zinsen für 10.000 € von Vor-Ort-Bank		200,00	
<b>Mobile-World</b>				
1	bekommt 200 Euro von Hanna			200,00
2	bekommt einen Kredit (zu 5% Zinsen) von der Spar-Bank	740,00		740,00
3	5% Zinsen für 740 € Kredit von Spar-Bank	37,00		
<b>Vor-Ort-Bank</b>				
1	besorgt sich 1.000 € Bargeld (als Kredit zu 1% Zinsen) bei der EZB	1.000,00		1.000,00
2	zahlt 1.000 € bar an Schreinerei Otte aus			-1.000,00
3	bekommt 10.000 € von Schreinerei Otte als Spareinlage (zu 2% Zinsen)	10.000,00		
4	1% Zinsen für 1.000 Euro Kredit von der EZB	10,00		
5	2% Zinsen für 10.000 € von Schreiner Otte	200,00		
<b>Spar-Bank</b>				
1	bekommt 750 € bar von Hanna als Spareinlage (mit 1% Zinsen)	750,00		750,00
2	hinterlegt 1,3% der Spareinlage als Mindestreserve bei EZB		10,00	-10,00
3	vergibt 740 € Kredit (zu 5% Zinsen) an Mobile-World		740,00	-740,00
4	1% Sparzinsen für 750 € von Hanna	7,50		
5	5% Zinsen für Kredit an Mobile-World		37,00	
<b>Super-Invest-Bank</b>				
1	nimmt Kredit von 10.000 € zu 1% bei der EZB auf	10.000,00	10.000,00	
2	kauft für 10.000 € Staatsanleihe (zu 5% Zinsen) vom Staat		-10.000,00	
3	1% Zinsen für 10.000 € Kredit von EZB	100,00		
4	5% Zinsen für 10.000 € Kredit an den Staat		500,00	
<b>EZB</b>				
1	zahlt 1.000 € (als Kredit zu 1% Zinsen) bar an die Vor-Ort-Bank aus		1.000,00	-1.000,00
2	nimmt Mindestreserve von der Spar-Bank entgegen	10,00		10,00
3	überweist 10.000 € (als Kredit zu 1% Zinsen) an Super-Invest-Bank		10.000,00	
4	1% Zinsen auf 1.000 € Kredit an Vor-Ort-Bank		10,00	
5	1% Zinsen auf 10.000 € Kredit an Super-Invest-Bank		100,00	
<b>Staat</b>				
1	bekommt 50 € Steuern von Hanna in bar			50,00
2	verkauft Staatsanleihe (10.000 € zu 5% Zinsen) an Super-Invest-Bank	10.000,00	10.000,00	
3	zahlt 10.000 an Schreinerei Otte für Reparatur der Schule		-10.000,00	
4	5% Zinsen für 10.000 € Kredit von Super-Invest-Bank	500,00		

**M1 Die EZB und die anderen  
Wirtschaftsakteure**

**INFO** 

**Bürger\_innen (z.B. Hanna)** So wie Hanna bekommen die meisten Bürger\_innen Lohn für ihre Arbeit, zahlen Steuern und haben ein Konto bei der Bank zum Sparen und zum bargeldlosen Bezahlen. Anders als im Spiel werden die Steuern aber nicht direkt in bar beim Staat eingezahlt. Die Arbeitgeber\_innen überweisen die Lohnsteuer direkt an den Staat, und in den Ladenpreisen ist die Mehrwertsteuer schon enthalten und wird von den Händler\_innen an den Staat überwiesen.

**Unternehmen (z.B. Mobile-World und Schreiberei Otte)** Wie die Bürger\_innen brauchen auch die Wirtschaftsunternehmen Banken, um ihre Geldgeschäfte abzuwickeln. Sie heben Bargeld für ihre Kasse ab oder zahlen ohne Bargeld per Überweisung. Außerdem sparen sie Geld für spätere Geschäfte (Schreinerei Otte) oder nehmen Kredite für ihre Geschäfte auf, welche sie später aus dem Gewinn zurückzahlen (Mobile-World).

**Banken (z.B. Vor-Ort-Bank, Spar-Bank und Super-Invest-Bank)** Die Banken versorgen die Wirtschaft mit Bargeld, das sie sich bei der EZB besorgen (Bsp.: Vor-Ort-Bank). Neben dem Bargeld (Scheine und Münzen) gibt es außerdem Buchgeld (Guthaben auf Konten).

Banken schaffen neues (Buch-)Geld, wenn sie Kredite vergeben (Bsp.: Spar-Bank): Hanna hat 750 € und bringt sie zur Spar-Bank, die hinterlegt davon 10 € Mindestreserve und darf 740 € als Kredit neu schaffen und an Mobile-World vergeben. Hanna hat immer noch 750 € als Guthaben auf dem Konto und Mobil-World hat jetzt 740 € in bar, macht zusammen 1490 €. Wenn Mobile-World seinen Kredit zurückzahlt, verschwinden die 740 € wieder.

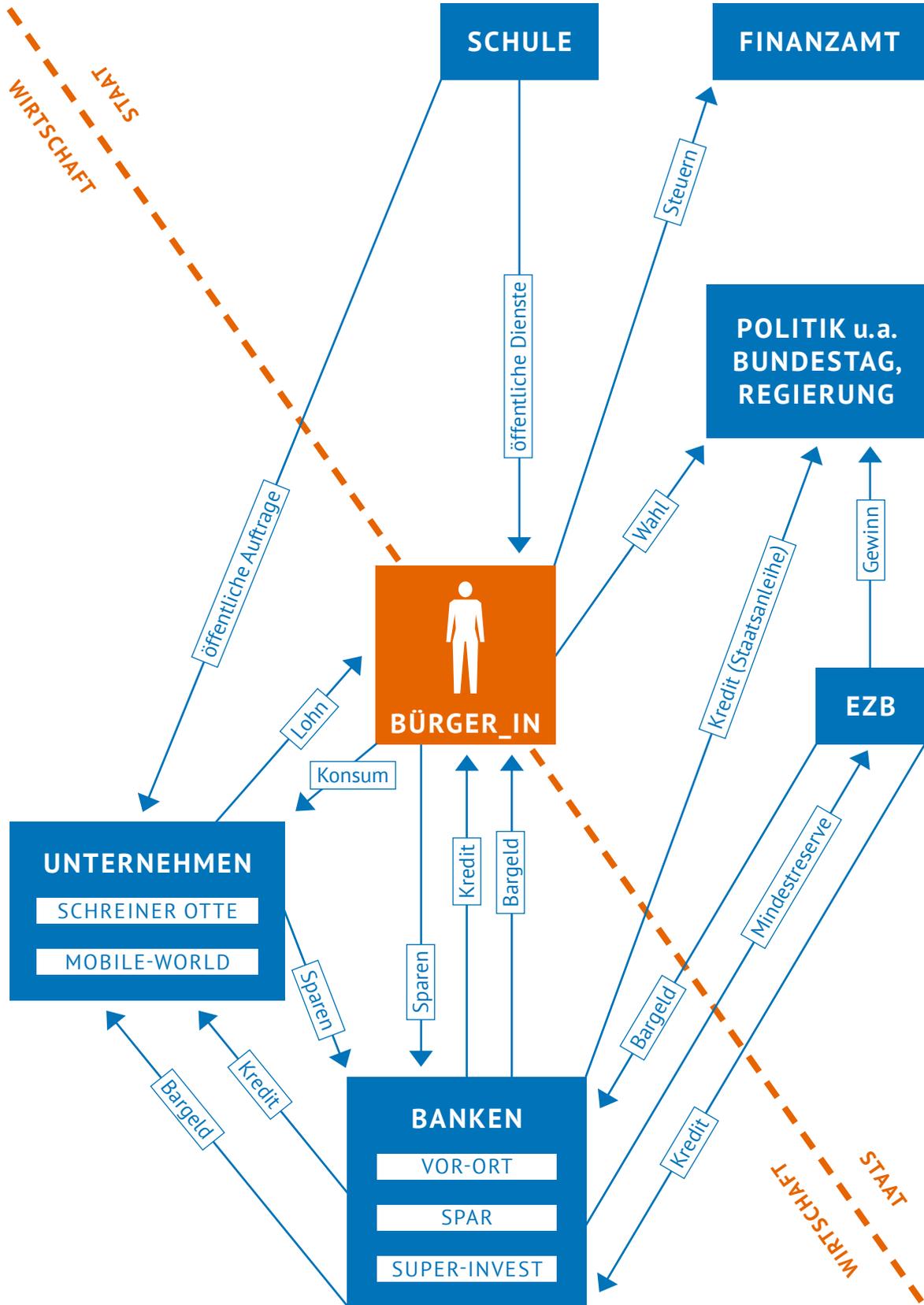
Investmentbanken haben sich auf den Handel mit Wertpapieren wie Aktien und Staatsanleihen spezialisiert. Die Super-Invest-Bank hat eine Staatsanleihe gekauft und bekommt nach der vereinbarten Laufzeit den Kaufpreis plus Zinsen zurück, oder sie verkauft sie vorher an der Börse weiter.

**Die Europäische Zentralbank** Eine Zentralbank wie die EZB druckt das Bargeld und bringt es über die Banken in Umlauf. Außerdem versucht sie die Geldmenge so zu steuern, dass nicht zu viel und nicht zu wenig Geld im Umlauf ist. Mit der Mindestreserve (und anderen Instrumenten) steuert sie die Menge an Buchgeld, die Banken schaffen können. Mit dem Leitzins legt sie fest, wie viel Zinsen die Banken für das Geld zahlen müssen, das sie als Kredit von der EZB bekommen. Den Gewinn, den sie mit den Zinsen der Banken macht, zahlt die Zentralbank an den Staat.

**Der Staat** Der Staat braucht Geld, um seine Aufgaben für die Bürger\_innen zu erfüllen, zum Beispiel um Schulen zu reparieren. Er bekommt Steuern, die Bürger\_innen (und Unternehmen) zahlen müssen. Wenn die Steuern nicht reichen, leiht er sich das Geld und zahlt es mit Zinsen zurück (Staatsanleihen).



M2 Das Zusammenspiel der Wirtschaftsakteure



## EZB und Staatsfinanzierung

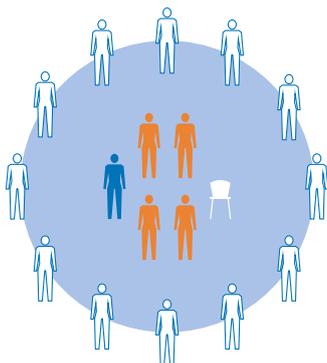
### ARBEITSVORSCHLAG: FISH-BOWL-DEBATTE

1. Lesen Sie das Streitgespräch aus der Süddeutschen Zeitung (M1). Fassen Sie die Argumente der drei Beteiligten in Stichworten zusammen und finden Sie eine passende Überschrift oder ein Motto zu jeder Position.

2. Wählen Sie eine der drei Positionen und bilden Sie eine entsprechende Gruppe mit anderen, die sich ähnlich entschieden haben. Sammeln Sie auf der Basis des Streitgesprächs Argumente für Ihre Position, wählen Sie einen passenden Zusatztext für Ihre Gruppe aus (M 2-4) und ergänzen Sie eigene Ideen. Bereiten Sie sich auf eine Diskussion der folgenden Fragen vor und notieren Sie dazu Stichworte:

- Wie beurteilen Sie das derzeitige Wirtschaftssystem? Mit welchen Argumenten stützen Sie dieses Urteil?
- Was soll Ihrer Meinung nach eine Zentralbank leisten, was ist ihre zentrale Aufgabe?
- Was denken Sie über »monetäre Staatsfinanzierung«? Soll eine Zentralbank direkt Kredite an Staaten vergeben? Welche Vor- oder Nachteile hätte das aus Ihrer Sicht?
- Was spricht aus Ihrer Sicht dafür oder dagegen, dass Staaten Kredite am Markt, also bei Banken aufnehmen?
- Soll eine Zentralbank politisch unabhängig sein? Wie beurteilen Sie das Verhältnis von Zentralbank und Demokratie?

Wählen Sie eine\_n Vertreter\_in Ihrer Gruppe für eine Diskussion im Fish-Bowl.



### FISH-BOWL (AQUARIUM, AUSSENKREIS-INNENKREIS)

Die Fish-Bowl-Debatte ist ein kommunikatives Verfahren, um Argumente oder Gruppenarbeitsergebnisse lebhaft auszutauschen. Es eignet sich besonders, um kontroverse Diskussionen zu führen, zu beobachten und auszuwerten. Durch den Aufbau der Stühle als Innen- und Außenkreis mit einem freien Stuhl im inneren Kreis haben alle Lernenden die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen.

#### Vorgehen:

Die Teilnehmer\_innen bereiten auf Basis ausgewählter Materialien die Position ihrer Gruppe in der Diskussion vor. Eine Moderation sowie je ein\_e Vertreter\_in pro Interessengruppe werden gewählt, welche\_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Die Vertreter\_innen der Gruppen und die Moderation nehmen im inneren Sitzkreis Platz, in dem auch ein freier Stuhl stehen bleibt. Das Publikum platziert sich in einem äußeren Sitzkreis um den inneren herum und hat jederzeit die Möglichkeit, den freien Stuhl im Innenkreis zu besetzen und sich somit in die Diskussion einzubringen. Nach einem Redebeitrag nimmt die Person ihren Platz im Publikum ein, sodass der Stuhl im inneren Kreis wieder frei ist. Es besteht keine strenge Abfolge der Redebeiträge, die Moderation hat die Aufgabe, die Diskussion zu eröffnen und ggf. zu leiten und zu strukturieren.

Anschließend folgt idealerweise eine Reflexionsphase, in der die verschiedenen Argumente ausgewertet und der Ablauf der Diskussion reflektiert werden. Welche Argumente waren am überzeugendsten, welche wurden nicht genannt? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Gruppen oder des Publikums herbeigeführt? Wurde ein Konsens gebildet oder stehen sich die Gruppen immer noch gegenüber? Hatten alle Beiträge die gleiche Relevanz oder gab es Machtungleichgewichte während der Anhörung?

## M1 Streitgespräch zwischen Benoît Cœuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, Werner Rätz (Attac) und Mischa Aschmoneit (Blockupy)

1 [...] Herr Rätz, was stört Sie an der EZB am stärksten?

2 RÄTZ: Uns stört die Rolle der EZB im Rahmen  
3 der Troika. Zusammen mit dem Internationalen  
4 Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission  
5 hat die EZB eine Politik betrieben, die zu dra-  
6 matischen Folgen in den Krisenländern führte,  
7 zum Teil sind die Folgen tödlich. In Spanien sind  
8 400.000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrie-  
9 ben worden, in Griechenland hat fast ein Drittel  
10 der Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Ge-  
11 sundheitssystem und 40 Prozent der Menschen  
12 dort sind arm. Das steht alles nachweisbar mit  
13 der Troika-Politik im Zusammenhang. Da ist es  
14 ein bisschen billig zu sagen, dass die EZB nur das  
15 Beste will. Ich glaube Ihnen das als Person, Herr  
16 Cœuré, aber die EZB trägt zur Spaltung, nicht  
17 zum Zusammenhalt Europas bei.

18 CŒURÉ: Lassen Sie uns sorgfältig unterscheiden  
19 zwischen unserer Kernaufgabe, der Geldpolitik,  
20 und unserer Rolle in der Troika. Die EZB hat seit  
21 2007 viele geldpolitische Entscheidungen getrof-  
22 fen mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum in der  
23 Eurozone zu stärken und dabei die Preisstabilität  
24 wieder herzustellen. Das hat viele Europäer vor  
25 Armut bewahrt. Als Teil der Troika haben wir  
26 nichts entschieden. Wir haben Eurogruppe und  
27 EU-Kommission beraten, und zwar in Fragen,  
28 in denen wir die technische Kompetenz haben,  
29 insbesondere Finanzmarktstabilität, Bankenrefor-  
30 men und makroökonomische Ungleichgewichte.  
31 Die Entscheidungen haben die Länder getroffen,  
32 die Geld bekommen haben, mit ihren jeweiligen  
33 demokratischen Verfahren, und die Euro-Gruppe,  
34 die das Geld bereitgestellt hat.

35 Sie verstecken sich hinter der Beraterrolle.  
36 Die hätten Sie auch ablehnen können.

37 CŒURÉ: Tatsächlich hat uns niemand gezwun-  
38 gen, die EZB ist unabhängig. Aber wir meinen,  
39 es war im kollektiven Interesse, diese Reform-  
40 maßnahmen zu empfehlen, auch um den Effekt  
41 unserer geldpolitischen Entscheidungen zu maxi-  
42 mieren. Wir stehen dazu.

43 ASCHMONEIT: Der IWF, der ja nicht für Links-  
44 radikalität bekannt ist, sagt, dass Sparen der fal-  
45 sche Weg ist. Es gibt viel zu wenige Investitionen.  
46 Die Internationale Arbeitsorganisation ILO sagt,  
47 dass die Arbeitslosenrate im Euroraum massiv ge-  
48 stiegen und ein Viertel der Gesamtbevölkerung  
49 akut von Armut bedroht ist. Die EZB produziert  
50 Krisenverlierer und Krisengewinner. Letztes Jahr  
51 ist das Vermögen der Reichen in Westeuropa um

52 5,2 Prozent gestiegen. Der US-Investor Warren  
53 Buffet hat gesagt, es herrsche Klassenkrieg, und  
54 es sei seine Klasse, die der Reichen, die gewinne.  
55 Ihre Politik, Herr Cœuré ist darauf ausgerichtet,  
56 große Teile der Bevölkerung zu verarmen und die  
57 Profite der Wenigen zu sichern.

58 CŒURÉ: Unsere Adressaten sind nicht die Rei-  
59 chen, sondern die Bürger Europas. Die EZB muss  
60 für alles, was sie tut, vor dem Europäischen Par-  
61 lament Rechenschaft ablegen, und dieses Parla-  
62 ment ist von den Bürgern direkt gewählt. Wir sind  
63 nicht dafür zuständig, die Einkommensverteilung  
64 in Europa zu verändern. Das ist die Aufgabe der  
65 Politik, deshalb haben wir politische Parteien, die  
66 darüber streiten, wie Einkommen umverteilt wer-  
67 den sollen. Wenn wir eine bestimmte Einkom-  
68 mensverteilung anstreben würden, wäre das ein  
69 klarer Verstoß gegen unser Mandat. Das sollten  
70 wir lassen.

71 RÄTZ: Es geht der EZB nicht um die Bürger  
72 Europas. Die werden auch nicht gefragt. Nehmen  
73 wir Griechenland. Seit 2010 ist die Wirtschaft  
74 dort um 25 Prozent eingebrochen. Im laufen-  
75 den Jahr erwartet man 0,7 Prozent Wachstum.  
76 Das ist extrem wenig. Wir werden die Erholung  
77 Griechenlands nicht mehr erleben. Die Troika-  
78 Empfehlungen werden dem Volk nicht vorgelegt,  
79 obwohl die Maßnahmen tief eingreifen in die Ge-  
80 sellschaft: Die Gehälter und Renten werden ge-  
81 senkt, die Arbeitslosenversicherung gekürzt, die  
82 Krankenhausversorgung verschlechtert. Das ist  
83 keine Politik für die Bevölkerung, das ist Politik  
84 für die Banken.

85 CŒURÉ: Wir haben die Troika-Beschlüsse aus  
86 guten Gründen unterstützt, denn wir reden von  
87 Staaten, die sich am Finanzmarkt riesige Geld-  
88 summen geliehen haben, weil die Steuerein-  
89 nahmen nicht reichten. Griechenland, Portugal,  
90 Irland und Zypern haben zu viel Geld ausgege-  
91 ben. Dann gab der Markt plötzlich keinen Kredit  
92 mehr. Ohne die Hilfen seitens der EU und des  
93 IWF wäre es in diesen Staaten viel schlimmer ge-  
94 worden – vor allem für die armen Bürger. Denn  
95 dann hätten die Staaten über Nacht ihre Ausgabe-  
96 den Einnahmen anpassen müssen. In 2010 etwa  
97 hätte in Griechenland ein Primärdefizit von 10,5  
98 Prozent sofort ausgeglichen werden müssen. Die  
99 sozialen Verluste wären also viel höher gewesen als  
100 durch die Reformprogramme.

101 Herr Aschmoneit, was hätte die EZB statt-  
102 dessen tun sollen?

103 ASCHMONEIT: Es geht weniger um die EZB.

105 Das ist ein Systemversagen. Der Kapitalismus ist  
 nicht in der Lage, den gemeinschaftlich erwirt-  
 schafteten Reichtum so zu verteilen, dass die Be-  
 dürfnisse der Bürger befriedigt werden können.  
 Nicht einmal die Bürger, die arbeiten, haben ge-  
 110 nug. Manche Menschen haben drei Jobs und sind  
 trotzdem arm. Deshalb muss das kapitalistische  
 System überwunden werden. Wir treten für eine  
 Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein.

**Das hat schon einmal nicht geklappt.**

115 **ASCHMONEIT:** Die Vermögen der Reichen  
 wachsen, den Armen wird genommen – auch  
 durch die EZB. Manche Menschen nehmen sich  
 aus Verzweiflung den Strick. In Griechenland hat  
 sich die Selbstmordrate verdreifacht. Wir erinnern  
 120 uns an den Brief, den die EZB 2011 an die italia-  
 nische Regierung geschickt hat. Die EZB drohte,  
 das Ankaufprogramm für Staatsanleihen zu stop-  
 pen, wenn die italienische Regierung nicht sofort  
 parieren würde. Das war ein Erpressungsversuch.

125 **CŒURÉ:** Die EZB erpresst niemanden. Der  
 angesprochene Fall hing mit dem Staatsanleihen-  
 Kaufprogramm SMP zusammen. Der EZB ging  
 es darum zu sagen, dass unsere Geldpolitik nur  
 wirken kann, wenn die Regierungen Reformen  
 130 machen, die an die Wurzeln der Krise gehen.  
 Wenn das nicht gegeben ist, kann keine geldpoli-  
 tische Maßnahme die gewünschten Effekte haben.

**ASCHMONEIT:** Das nennt man das Vorzeigen  
 der Folterinstrumente. Dieser Erpressungsversuch  
 135 ist nur Teil der kleinen Schweinereien. Im Großen  
 geht es uns darum, das Wirtschafts- und Gesell-  
 schaftssystem zu ändern. Drunter geht es nicht.

**RÄTZ:** Aber auch im Rahmen des bestehenden  
 Wirtschaftssystems hätte die EZB Handlungsalter-  
 140 nativen. Manchmal nutzt sie ja ihre Freiheit durch  
 ein kreatives Interpretieren der Verträge, etwa  
 beim Rettungsprogramm OMT. Doch wenn es  
 um das Wohlergehen der Menschen geht, dann  
 bleibt die EZB stur. Herr Cœuré, geben Sie das  
 145 Geld nicht den insolventen Banken. Legen Sie ein  
 Investitionsprogramm für die soziale Absicherung  
 auf!

**CŒURÉ:** Zunächst zur Äußerung von Herrn  
 Rätz. Das ganz eng gefasste primäre Ziel der EZB  
 150 ist es, die Preise in der Eurozone stabil zu halten.  
 Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es sehr viele ver-  
 schiedene Instrumente, die wir je nach Situation  
 eingesetzt haben. Die EZB kann ihre Instrumente  
 selbst auswählen, aber sie darf den Vertrag nicht  
 155 neu interpretieren.

Jetzt zum Thema Kapitalismus: Ich respektie-  
 re ihre Überzeugung, Herr Aschmoneit, aber das  
 ist ein Thema, das außerhalb der Verantwortung  
 der EZB liegt. Wir arbeiten in einem Umfeld von

160 Verträgen, nach denen Europa als soziale Markt-  
 wirtschaft gestaltet ist, und diesen Verträgen ha-  
 ben die europäischen Wähler zugestimmt. In die-  
 ser Marktwirtschaft arbeitet die EZB.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zum  
 Kapitalismus?**

165 **CŒURÉ:** Mit dem Kapitalismus verhält es sich  
 meiner Meinung nach so, wie es der frühere bri-  
 tische Premier Winston Churchill über die De-  
 mokratie gesagt hat: Es ist das schlechteste aller  
 170 Systeme, abgesehen von all denen, die bislang aus-  
 probiert wurden. Der Kapitalismus kann sehr ge-  
 fährlich und brutal sein und die Märkte haben die  
 Finanzkrise ausgelöst. Deshalb braucht man stren-  
 ge und genau kontrollierte Regeln, damit der Ka-  
 175 pitalismus funktioniert. Die Marktwirtschaft hat  
 in den vergangenen 40 Jahren hunderten Millio-  
 nen Menschen den Sprung aus der Armut ermög-  
 licht. In Europa haben wir politische Institutionen,  
 die dem Markt Regeln setzen können. Das ist auf  
 globaler Ebene allerdings nicht so: Da haben wir  
 180 zwar globale Marktwirtschaft, aber keine globalen  
 Institutionen. Es ist der große Wert von Europa,  
 dass wir diese Kontrolle über die Marktwirtschaft  
 haben und das sollten wir nutzen.

185 **RÄTZ:** Das stimmt doch nicht. Sie regulieren  
 den Kapitalismus doch nicht. Sie schaffen immer  
 mehr Freiräume für den Kapitalismus. Sie greifen  
 zum Beispiel mit dem Memorandum für Grie-  
 chenland massiv in die Rechte auf Gesundheits-  
 190 versorgung und Tarifautonomie ein. Ich habe kei-  
 ne Stellungnahme der EZB gelesen, in der stünde,  
 dass sich Europa mehr um die Regulierung des  
 Kapitalismus kümmern müsste. Ich akzeptiere  
 aber, dass die EZB in einer schwierigen vertragli-  
 chen Situation ist. Ihr Mandat ist zu eng auf Geld-  
 195 wertstabilität ausgerichtet. Die EZB sollte Staaten  
 finanzieren können. Allerdings ist die EZB un-  
 abhängig und entzieht sich damit demokratischer  
 Kontrolle. Die EZB könnte selbst einen Vorschlag  
 200 machen, wie sie sich besser demokratischer Kont-  
 rolle unterwerfen könnte.

**CŒURÉ:** Bei der Staatsfinanzierung ist die Ant-  
 wort einfach: Die Verträge verbieten uns eine sol-  
 che Rolle. Ich persönlich glaube, dass es keine gute  
 205 Idee ist, den Regierungen Zugang zur Notenpresse  
 zu geben, wenn man eine stabile Währung haben  
 möchte. Das hat die Geschichte gezeigt. Staatliche  
 Ausgaben müssen aus Steuereinnahmen bezahlt  
 werden, entweder heute oder später – und die  
 210 Entscheidung, wer wie viel Steuern zahlen muss,  
 müssen die nationalen Parlamente treffen. Wenn  
 Geldpolitik zur Finanzierung von Regierungen  
 benutzt wird, geht die demokratische Kontrolle  
 über diese Schlüsselfrage verloren. Zu Ihrem

215 zweiten Punkt: Je unabhängiger eine Instituti-  
 on ist, desto mehr Rechenschaft sollte sie ablegen.  
 Wir haben dabei schon viele Fortschritte gemacht.  
 Wir sprechen jedes Quartal vor dem Europäischen  
 Parlament, wir arbeiten daran die Protokolle unse-  
 220 rer Ratssitzungen zu veröffentlichen, wir pflegen  
 einen intensiven Dialog mit verschiedenen Stake-  
 holdern in allen europäischen Ländern. Ich habe  
 kürzlich mit Gewerkschaften in Portugal über das  
 dortige Anpassungsprogramm gesprochen und  
 225 gemeinsam mit dem EZB-Präsidenten den grie-  
 chischen Oppositionsführer, Herrn Tsipras getrof-  
 fen, der nun nicht direkt unsere Meinungen teilt.  
 Es ist wichtig, dass wir auch mit jenen sprechen,  
 die anders denken als wir.

230 **RÄTZ:** Die Verschuldung der europäischen  
 Staaten ist untragbar. Es gibt da kein Rauswachsen  
 oder Raussparen. Warum nimmt die EZB keine  
 aktivere Rolle ein und schlägt Schuldenschnitte  
 vor, etwa nach dem Vorbild der Londoner Schul-  
 235 denkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg?

**CŒURÉ:** Die EZB hat sich nie für Schuldens-  
 240chnitte von Staaten ausgesprochen, weil das An-  
 steckungseffekte in anderen Ländern haben kann  
 und das langfristige Vertrauen der Investoren  
 245 beeinträchtigt wird. Wir reden über Staaten, die  
 den Marktzugang bewahren oder wieder erlan-  
 gen müssen. Anders sieht das mit Schuldenschnit-  
 ten bei Banken aus: Ich bin sehr dafür, dass die  
 Gläubiger von Banken im Ernstfall auf ihr Geld

240 verzichten müssen, um den Steuerzahler vor Ver-  
 lusten zu schützen.

**ASCHMONEIT:** Die EZB stellt Preisstabilität her,  
 indem sie die Bevölkerung Südeuropas so sehr  
 245 verarmen lässt, dass sie kaum noch etwas kau-  
 fen kann. Die neoliberale Politik muss aufhören.  
 Selbst in kapitalistischer Logik könnten Sie in  
 Richtung Marshallplan gehen, sprich, Sie müssten  
 die betroffenen Länder unterstützen und investie-  
 250 ren statt sie kaputt zu sparen. Ihre Politik zerstört  
 die Gesellschaften in Europa, das spiegelt sich  
 auch in der EU-Wahl wieder: Die rassistischen  
 Tendenzen nehmen in vielen EU-Ländern zu. Auf  
 dieser Basis wird die Arbeit, die Sie bisher machen,  
 nicht mehr möglich sein. Sie werden es beenden  
 255 müssen – so oder so.

**CŒURÉ:** Wir glauben, dass es notwendig ist,  
 dass die Staaten Strukturreformen zugunsten  
 nachhaltigen Wachstums durchführen. Aber ich  
 stimme in einem Punkt zu: Wir brauchen mehr  
 260 Investitionen in Europa. Die Investitionen sind in  
 der Krise zu stark zurückgegangen, aber sie sind  
 für die Zukunft der Menschen wichtig. Das ist  
 aber nicht nur die Aufgabe der Staaten, die bei  
 ihren Ausgaben Investitionen Priorität einräumen  
 265 sollten, sondern auch des privaten Sektors. Die  
 Staaten müssen die Rahmenbedingungen schaf-  
 fen, um private Investitionen anzuregen. ■ Quelle:

*Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2014*



Go-In-Aktion: Attac-Aktive versuchen im Juli 2015 in die Europäische Zentralbank zu gelangen um EZB-Präsident Mario Draghi zu sprechen

Foto: Attac

## M2 Perspektive Marktwirtschaft

### 1 Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten

· Aufruf von 136 Ökonomen zur Währungspolitik der  
· EZB

5 [...] Artikel 123 des Vertrages über die Arbeits-  
· weise der Europäischen Union untersagt der  
· EZB [...] eine monetäre Staatsfinanzierung der  
· Mitgliedstaaten [...]. Anleihekäufe im Sekun-  
· därmarkt sind nur zulässig, wenn sie nicht der  
10 monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpoli-  
· tischen Zielen dienen. [...] Die monetäre Staats-

· finanzierung ist zu Recht verboten, weil sie die  
· Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet. Die  
· Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es  
15 ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu ver-  
· ringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen  
· am Markt zahlen müssen. [...] Sie sollte dagegen  
· unabhängig von der Politik sein. Das ist sie aber  
· nicht, wenn sie sich bereit findet, durch Anlei-  
20 hekäufe die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten  
· zu finanzieren. ■ Quelle: Der Aufruf erschien zuerst in der *Frankfurter*

*Allgemeinen Zeitung* vom 11.9.2013

## M3 Perspektive wirtschafts- politische Alternativen

### 1 Direktfinanzierung der Staaten durch die · EZB

· Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Eu-  
· ropäische Zentralbank (EZB) sollte aufgehoben  
5 werden. So könnten die Zinssätze der EZB direkt  
· durchgereicht werden. Die EZB gibt bisher den  
· Banken billige Kredite (zur Zeit für unter 1%),  
· um den Kreditmarkt liquide zu halten. Diese ver-  
· geben Kredite an die Krisenstaaten jedoch nur mit  
10 mehreren Prozent Aufschlag (für Spanien zur Zeit  
· bis zu 7%). Je höher die Zinssätze, desto schwerer

· wird es für die Krisenstaaten, sich zu entschulden.  
· Die direkte Kreditvergabe an den Staat, die in der  
· EU verboten ist, ist in den meisten Staaten der  
15 Welt eine selbstverständliche Option. Großbritan-  
· nien und die USA haben zum Beispiel erhebliche  
· Teile des Konjunkturprogramms 2009 durch die  
· Notenbank finanziert. Solche Maßnahmen lösen  
· nicht zwingend eine Inflation aus. Die Menge des  
20 zirkulierenden Geldes muss nur der Menge der zu  
· verteilenden Waren angemessen sein. ■ Quelle: Vorschlä-

ge der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern vom 26.06.2013

## M4 Perspektive Kapitalismuskritik Zentralbanken und Kapitalismus

1 [...] Über die Geldzirkulation wird die Verteilung  
· der gesellschaftlichen Arbeit geregelt, die Voraus-  
· setzung für die Befriedigung der gesellschaftlichen  
· Bedürfnisse ist. Daher ist es notwendig, die EZB  
5 und die nationalen Zentralbanken unter demo-  
· kratische Kontrolle zu bringen. Die Geldpolitik  
· der EZB darf nicht mehr einseitig auf das Ziel der  
· Preisstabilität ausgerichtet werden. Die EZB muss  
· das Recht erhalten, an Staaten direkt Kredite zu  
10 vergeben. [...] Eine demokratische Kontrolle der  
· Zentralbanken wird allerdings nicht ausreichen,  
· um die Geldzirkulation an den gesellschaftlichen  
· Bedürfnissen auszurichten, solange die Kredit-  
· vergabe der Banken ausschließlich Profitmotiven

15 folgt. Auch demokratisch kontrollierte Zentral-  
· banken können ein System privater Banken, die  
· in Konkurrenz zueinander stehen, nicht steuern.  
· [...] Notwendig wäre also eine Vergesellschaftung  
· nicht nur des Finanzsektors, sondern aller kapita-  
20 listischen Unternehmen. Dies würde bedeuten,  
· dass die Lohnabhängigen sich die Produktions-  
· mittel aneignen und selbst kollektiv entscheiden,  
· was und wie produziert wird. [...] Dies wäre das  
· Ende der Zentralbanken und der Geldwirtschaft  
25 insgesamt. ■ Quelle: Thomas Sablowski, Etienne Schneider: *Verarmung*

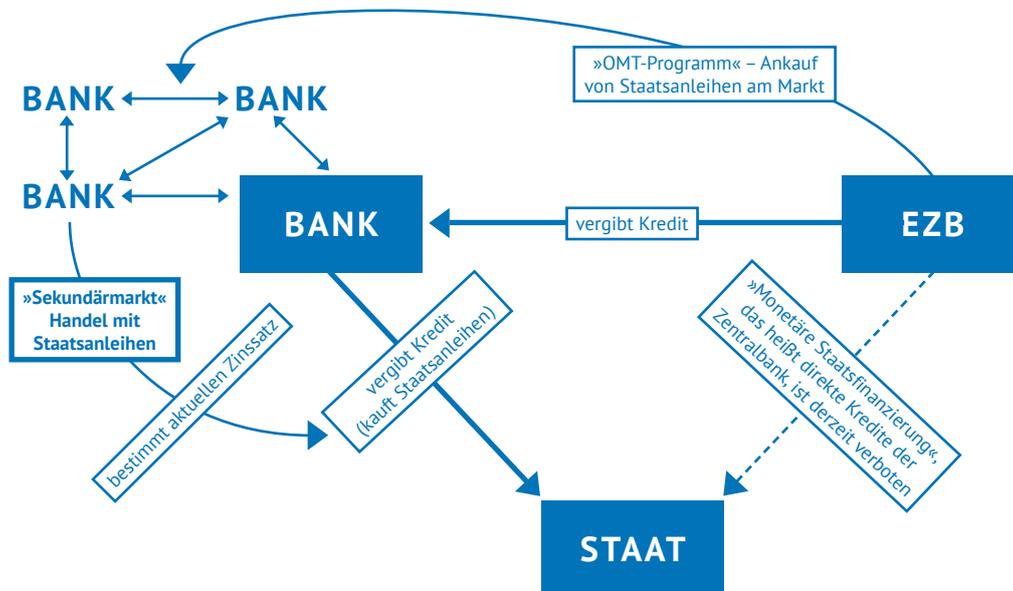
*Made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise.* Rosa-Luxemburg-  
Stiftung Standpunkte 6/2013

## Die Europäische Zentralbank und die Staatsanleihen in der Eurokrise

### INFO

**Staatsanleihen** Wenn ein Staat nicht genug Steuern einnimmt, um seine Aufgaben zu erfüllen, kann er sich Geld leihen, also einen Kredit aufnehmen. Dabei gibt der Staat Anleihen aus – das heißt, er bekommt Geld geliehen (Kredit) und gibt dafür ein Wertpapier (eine Staatsanleihe), mit dem er verspricht, das Geld mit Zinsen zurückzuzahlen. Dieses Wertpapier kann an der Börse weiterverkauft werden. Dadurch ändern sich die Preise von Staatsanleihen ständig. Und entsprechend ändern sich die Zinsen, die der Staat für neue Staatsanleihen zahlen muss. Diese werden oft ausgegeben, um alte Schulden zurückzuzahlen. Ob die Preise und Zinsen steigen oder fallen, hängt davon ab, wie die Händler\_innen und Kreditgeber\_innen die Situation eines Staates beurteilen. Wenn sie glauben, dass er seine Schulden eventuell nicht zurückzahlen kann, steigen die Zinsen. Bei dieser Einschätzung spielt das Herdenverhalten an der Börse eine Rolle. Das hat auch die Eurokrise gezeigt.

**Die Eurokrise** Nach der globalen Finanzkrise hatte Griechenland relativ hohe Schulden. Dazu kamen länger bestehende wirtschaftliche Probleme (wie zum Beispiel ein hohes Handelsbilanzdefizit). Plötzlich wurde auf den Finanzmärkten gezweifelt, ob Griechenland seine Schulden zurückzahlen kann, und die Zinsen stiegen, bis sie zu hoch waren. Schließlich bekam Griechenland nur noch Kredit vom sogenannten Euro-Rettungsschirm (EFSF/ESM), der von den Ländern der Eurozone in der Krise eingerichtet wurde. Es war aber schnell klar, dass dieser »Rettungsschirm« nicht genug Kredite vergeben könnte, wenn mehrere Euroländer pleite wären. Hier setzte der Herdentrieb an der Börse ein, und die Zinsen für Staatsanleihen anderer Länder – vor allem von Portugal, Spanien, Irland und Italien – begannen stark zu steigen. So hätten die Händler beinahe selbst die Pleite von Staaten verursacht, die sie angeblich nur vorhersahen. Der Spuk endete erst, als die Europäische Zentralbank (EZB) eingriff.



**Der Eingriff der EZB** Mitte 2012 sagte EZB-Präsident Mario Draghi sinngemäß, dass die EZB so viele Staatsanleihen von Krisenstaaten wie nötig am Markt aufkaufen würde, um zu verhindern, dass ein Staat pleite geht. Diese mögliche Maßnahme der EZB ist unter dem Namen OMT-Programm (Outright Monetary Transactions) bekannt. Schon seit 2010 hatte die EZB im Rahmen eines anderen Programms (SMP- Securities Markets Programme) Staatsanleihen gekauft. Aber erst mit Draghis

Ankündigung des unbegrenzten Aufkaufs sanken die Zinsen für Staatsanleihen der betroffenen Staaten sofort, obwohl die EZB seither gar keine Anleihen im Rahmen des OMT-Programms gekauft hat. Denn eine Zentralbank wie die EZB kann nicht pleitegehen, egal für wie viel Geld sie Staatsanleihen kauft, weil sie dieses Geld selbst schaffen kann. Damit sind die Kreditgeber sicher, dass sie ihr Geld zurückbekommen. Obwohl die Ankündigung sofort gewirkt hat und andere Zentralbanken das auch so machen, ist die Entscheidung der EZB in Europa umstritten. Es gibt Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof untersucht, ob die EZB hier gegen EU-Recht verstößt.

**Der Streit um die Rolle der Zentralbank** Im Streit um die Politik der EZB gib es sehr unterschiedliche Argumente:

- Manche haben Angst, dass es durch den Aufkauf von Staatsanleihen eine Inflation gäbe: Es würde zu viel Geld in Umlauf kommen, das dann weniger wert wäre und die Preise würden steigen. Das ist aber nicht passiert, im Gegenteil: Die Geldmenge ging leicht zurück und die Preise sanken. Derzeit sieht es also nicht nach Inflation aus, sondern nach einer Deflation, bei der viele Unternehmen pleitegehen könnten, wenn die Preise weiter fallen.
- Andere sagen, die EZB sollte keine Staatsanleihen aufkaufen und damit die Zinsen drücken. Der Gedanke dahinter ist, dass Staaten zu viel Geld (für Soziales und öffentliche Dienstleistungen) ausgeben. Die Zinsen, die sie an die Banken zahlen müssen, sollen sie dazu bewegen, möglichst wenig Schulden zu machen und hauptsächlich gute Bedingungen für Firmen zu garantieren. So wachse die Wirtschaft und der Staat bekäme mehr Steuern.
- Eine ganz andere Kritik lautet dagegen, die EZB sollte direkt Kredite an Staaten vergeben dürfen und nicht nur wie bisher im Notfall Anleihen auf den Finanzmärkten (am Sekundärmarkt) aufkaufen. Derzeit vergibt die EZB Kredite mit niedrigen Zinsen an Banken, die dafür Anleihen mit hohen Zinsen von Staaten kaufen und so profitieren. Die EZB könnte dagegen auch direkt Kredite an Staaten vergeben, die so mit öffentlichen Aufträgen oder Zahlungen an die Ärmsten für Nachfrage sorgen und die Wirtschaft in Schwung bringen könnten.



Foto: Attac